

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 21/2021

27. Mai 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsische Staatskanzlei

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatskanzlei und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Bildung des Landesbeirates für Inklusion der Menschen mit Behinderungen (VwV Landesbeirat) vom 4. Mai 2021 ..... 595

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Zusatz- und Unterstützungsleistungen bei Dienstunfällen im Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes (VwV-Zusatz- und Unterstützungsleistungen) vom 11. Mai 2021 ..... 598

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus Krankheit-2019 (COVID-19) Az.: 21-0502/3/18-2021/71176 vom 7. Mai 2021 ..... 602

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes Az.: 15-5012/172/18 vom 10. Mai 2021 ..... 612

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen Az.: 15-5012/172/18 vom 10. Mai 2021 ..... 621

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts nur in Form von Wechselunterricht sowie von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes Az.: 15-5012/172/19 vom 10. Mai 2021 ..... 623

Zweite Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur öffentlichen Empfehlung einer Impfung gegen die COVID-19-Krankheit vom 10. Mai 2021 ..... 626

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der WIFA-Stiftung Gz.: 20-2245/653/1 vom 11. Mai 2021 ..... 627

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Bildung eines Grundschulbezirkes zwischen der Gemeinde Gornsdorf und der Gemeinde Hormersdorf/ Erz. vom 10. Mai 2021 ... 628

Vereinbarung über die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Bildung eines Schulbezirkes zwischen der Gemeinde Hormersdorf/Erz. und der Gemeinde Gornsdorf vom 14.06.2005 ..... 629

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgs-  
kreis über die Genehmigung der Zweckvereinba-  
rung der Gemeinde Gornsdorf und der Gemeinde  
Burkhardtsdorf über die Gestattung der Mitbenut-  
zung der Grundschule Gornsdorf vom 10. Mai 2021 ... 630

Zweckvereinbarung der Gemeinde Gornsdorf und  
der Gemeinde Burkhardtsdorf über die Gestattung  
der Mitbenutzung der Grundschule Gornsdorf für  
Schüler aus dem Ortsteil Meinersdorf der Ge-  
meinde Burkhardtsdorf ..... 631

Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis  
Leipzig der Genehmigung der Zweckvereinbarung  
über die Wahrnehmung der Aufgaben eines Ge-  
werbeamtes und Umsetzung der Regelungen der  
Gewerbeordnung in Verbindung mit der Verordnung  
der Sächsischen Staatsregierung zur Durchfüh-  
rung der Gewerbeordnung vom 11. März 2021 vom  
5. Mai 2021 ..... 633

Zweckvereinbarung gemäß § 71 Absatz 1 des  
Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusam-  
menarbeit über die Wahrnehmung der Aufgaben  
eines Gewerbeamtes und Umsetzung der Regelun-  
gen der Gewerbeordnung i. V. m. der Verordnung  
der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung  
der Gewerbeordnung (SächsGewODVO) ..... 634

# Sächsische Staatskanzlei

## Gemeinsame Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatskanzlei und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Bildung des Landesbeirates für Inklusion der Menschen mit Behinderungen (VwV Landesbeirat)

**Vom 4. Mai 2021**

Auf Grund von § 13 Abs. 2 Satz 6 des Sächsischen Inklusionsgesetzes vom 2. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 542) erlassen die Sächsische Staatskanzlei und das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende Verwaltungsvorschrift:

### **1. Ziele und Aufgaben**

- 1.1 Ziel der Arbeit des Landesbeirats für Inklusion der Menschen mit Behinderungen (Landesbeirat) ist es, darauf hinzuwirken, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.
- 1.2 Zur Erfüllung der Aufgaben nach § 13 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Inklusionsgesetzes arbeitet der Landesbeirat mit der Landesbeauftragten oder dem Landesbeauftragten für Inklusion der Menschen mit Behinderungen (Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter) und dessen oder deren Geschäftsstelle sowie der Staatsregierung zusammen. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - 1.2.1 Der Landesbeirat erarbeitet unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Behinderungsarten Stellungnahmen und Empfehlungen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und leitet diese der Landesbeauftragten oder dem Landesbeauftragten und den Ressorts der Staatsregierung zu.
  - 1.2.2 Der Landesbeirat nimmt insbesondere Stellung
    - a) auf Aufforderung durch die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten oder die Ressorts der Staatsregierung zu Fragen der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, insbesondere der Fortentwicklung und Umsetzung der Politik für Menschen mit Behinderungen oder
    - b) zu Entwürfen von Rechtsnormen oder Verwaltungsvorschriften, die ihm von der Landesbeauftragten oder vom Landesbeauftragten im Rahmen ihrer oder seiner Beteiligung nach § 12 Absatz 4 des Sächsischen Inklusionsgesetzes zugeleitet werden.
  - 1.2.3 Der Landesbeirat soll bei ihm eingehende Beschwerden, Hinweise oder Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern mit einer Stellungnahme an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten und die betroffenen Ressorts der Staatsregierung weiterleiten.

- 1.2.4 Stellungnahmen sollen – soweit in der Aufforderung nichts anderes bestimmt ist – innerhalb von sechs Wochen abgegeben werden.

- 1.3 Der Landesbeirat ist die maßgebliche Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 131 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes vom 9. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2075) geändert worden ist, und nimmt deren durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes bestimmten Aufgaben wahr.

### **2. Mitglieder**

- 2.1 Dreiundzwanzig Mitglieder werden auf Vorschlag der nachfolgend genannten Organisationen berufen. Die Vorgeschlagenen müssen nicht Mitglied der sie vorschlagenden Organisation sein.
  - 2.1.1 Die in der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e.V. zusammengeschlossenen Vereine können insgesamt acht abgestimmte Berufungsvorschläge abgeben.
  - 2.1.2 Jeweils einen Berufungsvorschlag einreichen können
    - a) die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen,
    - b) der Lebenshilfe Sachsen e.V.,
    - c) der Sozialverband VdK Sachsen e.V.,
    - d) der Sächsische Behinderten- und Rehabilitationssportverband e.V.,
    - e) der Lebendiger Leben! e.V.,
    - f) der Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.,
    - g) die Landesarbeitsgemeinschaft Werkstattträte (LAG WR),
    - h) die LIGA Selbstvertretung Sachsen – Behinderung und Menschenrechte in Sachsen,
    - i) die Landesarbeitsgemeinschaft Inklusion in Sachsen (LAGIS) Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen e.V.,
    - j) das BilingualERleben, Netzwerk,
    - k) der Leben mit Handicaps e.V.,
    - l) der EX-IN Sachsen e.V. und
    - m) die Konferenz der Sächsischen Studentenräte (KSS), auch Konferenz Sächsischer Studierendenschaften genannt.
  - 2.1.3 Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Behindertenbeauftragten der Landkreise und Kreisfreien Städte in Sachsen schlägt je eine Behindertenbeauftragte oder einen Behindertenbeauftragten eines Landkreises und einer Kreisfreien Stadt zur Berufung vor.

- 2.2 Die Staatskanzlei kann auf Vorschlag des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Abstimmung mit der Landesbeauftragten oder dem Landesbeauftragten zusätzlich bis zu drei weitere Personen für die Mitgliedschaft auswählen.
- 2.3 Bei der Auswahl der Mitglieder sollen Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen angemessen berücksichtigt werden. Es soll auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern, eine gemischte Altersstruktur, die unterschiedliche Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und die ausgewogene geographische Verteilung geachtet werden.
- 2.4 Die Mitglieder des Landesbeirates nach Nummer 2.1 und 2.2 werden jeweils zwei Jahre nach der Berufung der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten für die Dauer von in der Regel fünf Jahren durch die Chefin oder den Chef der Sächsischen Staatskanzlei berufen. Über die Berufung wird ein Berufungsschreiben ausgehändigt. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tag der Berufung. Sie endet mit dem Ausscheiden des Mitglieds aus dem Landesbeirat oder der Nachfolgeberufung. Eine Wiederberufung ist zulässig. Scheidet ein Mitglied aus, so wird für die restliche Dauer der Berufung ein Ersatzmitglied nach Maßgabe der Nummer 2.1 bis 2.3 berufen.
- 2.5 Die Tätigkeit der Mitglieder des Landesbeirates ist ehrenamtlich.
- 2.6 Die Mitglieder erhalten Reisekostenvergütung und Sitzungsentschädigung nach der VwV Beiratsentschädigung vom 25. Januar 2010 (SächsABl. S. 252), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung.
- 3. Geschäftsordnung, Vorsitz, Sitzungen und Beschlüsse**
- 3.1 Der Landesbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung. In der Geschäftsordnung sind insbesondere Regelungen über die Vorbereitung, Einberufung und Durchführung von Sitzungen, über die Bildung von Arbeitsgruppen, über die Beteiligung weiterer sachverständiger Personen und die Besetzung von Gremien zu treffen.
- 3.2 Die Mitglieder des Landesbeirates wählen aus ihrer Mitte in zwei aufeinanderfolgenden Wahlgängen eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereint. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- 3.3 Die Sitzungen sind nicht öffentlich, wenn nicht der Landesbeirat etwas anderes beschließt. Zu den Sitzungen sind die oder der Landesbeauftragte und jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Staatskanzlei sowie des für Menschen mit Behinderungen zuständigen Referates im Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt einzuladen. Sie haben Rederecht, sind aber nicht stimmberechtigt. Weitere sachverständige Personen können bei Bedarf eingeladen werden.
- 3.4 Der Landesbeirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
- 4. Geschäftsführung**
- 4.1 Der Landesbeirat führt im Schriftverkehr die Bezeichnung „Landesbeirat für Inklusion der Menschen mit Behinderungen“. Er verwendet einen eigenen Briefkopf.
- 4.2 Die Geschäfte des Landesbeirates führt eine bei der Staatskanzlei eingerichtete Geschäftsstelle. Ihr obliegen insbesondere die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen, wie Einladung, Ausfertigung und Versendung der Ergebnisprotokolle, Empfehlungen, Beschlüsse und Erklärungen des Landesbeirates sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der beziehungsweise des Landesbeauftragten sowie die Koordinierung der Gremienarbeit. Sie organisiert Fortbildungen für die Mitglieder des Landesbeirates. Die notwendigen Ausgaben trägt die Staatskanzlei.
- 5. Übergangsvorschrift**
- 5.1 Die Aufgaben des Landesbeirates werden bis zu dessen erstmaliger Berufung nach § 13 Absatz 2 Satz 3 des Sächsischen Inklusionsgesetzes vom Sächsischen Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wahrgenommen, dessen Mitglieder nach der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales über die Bildung des Sächsischen Landesbeirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen vom 3. Februar 2012 (SächsABl. S. 226), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 1. Oktober 2018 (SächsABl. S. 1250) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 26. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 404), berufen worden sind.
- 5.2 Bezüglich der Berufung von Ersatzmitgliedern für den Sächsischen Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist bis zur erstmaligen Berufung des Landesbeirates für Inklusion der Menschen mit Behinderungen gemäß § 13 Abs. 2 Satz 3 des Sächsischen Inklusionsgesetzes Nummer 2.4 Satz 6 entsprechend anwendbar.
- 6. Inkrafttreten und Außerkrafttreten**
- Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales über die Bildung des Sächsischen Landesbeirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen vom 3. Februar 2012 (SächsABl. S. 226), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 1. Okto-

ber 2018 (SächsABl. S. 1250) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 26. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 404), außer Kraft.

Dresden, den 4. Mai 2021

Der Chef der Staatskanzlei  
und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien  
Oliver Schenk

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

# Sächsisches Staatsministerium des Innern

## Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Zusatz- und Unterstützungsleistungen bei Dienstunfällen im Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes (VwV-Zusatz- und Unterstützungsleistungen)

Vom 11. Mai 2021

### I. Geltungsbereich

Leistungsberechtigte Personen nach dieser Verwaltungsvorschrift sind

1. Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren und der Pflichtfeuerwehren, soweit sie unentgeltlich, insbesondere ehrenamtlich tätig sind,
2. Angehörige betrieblicher Feuerwehren bei Einsätzen außerhalb des Betriebes gemäß § 21 Absatz 5 des Sächsischen Gesetzes über Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz vom 24. Juni 2004 (SächsGVBl. S. 245, 647), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 521) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
3. ehrenamtliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Kreisbrandmeisterinnen und Kreisbrandmeister,
4. als den Angehörigen der Feuerwehr gleichgestellte Personen im Sinne von § 8 Absatz 1 Nummer 6 des Sächsischen Gesetzes über Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz:
  - a) ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz nach § 41 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sowie
  - b) leitende Notärztinnen und Notärzte sowie Organisatorische Leiterinnen und Leiter Rettungsdienst bei Großschadensereignissen nach § 35 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz,
5. Personen, die nach § 54 Absatz 1 und 4 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz bei Katastrophen, Bränden oder Unglücksfällen zur Hilfeleistung verpflichtet werden oder freiwillig mit Zustimmung der Einsatzleitung bei der Gefahrenbekämpfung Hilfe leisten.

Unfälle nach dieser Verwaltungsvorschrift sind Arbeitsunfälle im Sinne von § 8 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, während einer den gesetzlichen Versicherungsschutz nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 Buchstabe a, Nummer 11 Buchstabe a, Nummer 12 und Nummer 13 Buchstabe a des Siebten Buches Sozialgesetzbuch begründenden Tätigkeit.

### II. Zusatzleistungen

Gemäß § 1 Absatz 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Übertragung von Zuständigkeiten bei der Gewährung von Zusatz- und Unterstüt-

zungsleistungen nach § 8 Absatz 1 Nummer 6 des Sächsischen Gesetzes über Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz vom 29. Juni 2020 (SächsGVBl. S. 339) gewährt die Unfallkasse Sachsen über die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 26 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch und die Mehrleistungsbestimmungen der Unfallkasse Sachsen nach § 94 Absatz 1 Nummer 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch hinaus folgende Zusatzleistungen:

#### 1. Zusatzleistungen an Verletzte

Bei dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung (Minderung der Erwerbsfähigkeit zu 100 Prozent) infolge eines Unfalls wird der leistungsberechtigten Person als zusätzliche Leistung ein einmaliger Betrag in Höhe von 54 000 Euro gewährt. Bei dauernder teilweiser Minderung der Erwerbsfähigkeit wird ein entsprechender Teilbetrag gezahlt. Maßgebend für den Grad der zu entschädigenden Minderung der Erwerbsfähigkeit und für die Feststellung des Dauerzustandes ist die Feststellung der Rente auf unbestimmte Zeit nach § 62 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch durch den gesetzlichen Unfallversicherungsträger. Bei einer späteren Verschlimmerung der Unfallfolgen wird keine weitere Zahlung geleistet. Hat sich die leistungsberechtigte Person im konkreten Einsatz einer besonderen Lebensgefahr ausgesetzt und erleidet infolge dieser Gefährdung einen Unfall, beträgt die zusätzliche Leistung 80 000 Euro, wenn sie infolge dieses Unfalls erwerbs- beziehungsweise dienstunfähig geworden ist oder im Zeitpunkt des Eintritts der Erwerbs- beziehungsweise Dienstunfähigkeit ihre Erwerbsfähigkeit infolge des Unfalls um mindestens 50 Prozent gemindert ist. Bei der Entscheidung, ob ein Fall der besonderen Lebensgefahr vorliegt, sind die Maßstäbe des § 40 Absatz 1 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1045), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 25. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 496) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, anzuwenden.

#### 2. Zusatzleistungen im Todesfall

Bei einem Unfall mit Todesfolge wird den Angehörigen der leistungsberechtigten Person als Zusatzleistung einmalig ein Betrag von 27 000 Euro gewährt. Hat sich die leistungsberechtigte Person im konkreten Einsatz einer besonderen Lebensgefahr ausgesetzt und erleidet infolge dieser Gefährdung einen Unfall mit Todesfolge, beträgt die zusätzliche Leistung 60 000 Euro. Bei der Entscheidung, ob ein Fall der besonderen Lebensgefahr vorliegt, sind die Maßstäbe des § 40 Absatz 1 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes anzuwenden. Bei einem späteren Tod aufgrund der Unfallfolgen wird auf diese Leistung die aufgrund desselben Arbeitsunfalles nach Nummer 1 erbrachte Leistung angerechnet.

### III. Unterstützungsleistungen

Bestehen keine Entschädigungsansprüche nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch, gewährt die Unfallkasse Sachsen gemäß § 1 Absatz 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Übertragung von Zuständigkeiten bei der Gewährung von Zusatz- und Unterstützungsleistungen nach § 8 Absatz 1 Nummer 6 des Sächsischen Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzgesetzes unter den folgenden Maßgaben folgende Unterstützungsleistungen:

1. Unterstützungsleistungen werden gewährt zur Entschädigung von Gesundheitsschäden, die im Rahmen eines Unfalls entstanden sind oder sich verschlimmert haben.
2. Als Gesundheitsschäden im Sinne von Nummer 1 gelten Erkrankungen und Körperschäden mit und ohne Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Krankenversicherung. Die Gesundheitsschäden sind durch eine äußere Einwirkung ausgelöst, ohne den Kausalitätsanforderungen bei Versicherungsfällen im Sinne des Siebten Buches Sozialgesetzbuch zu entsprechen. Dies gilt auch bei Todesfällen.
3. Als Unterstützungsleistungen werden pauschalisierte Entschädigungen gemäß der Anlage gezahlt. Die Zahlung erfolgt ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs als freiwillige Leistung.
4. Die Unterstützungsleistungen werden auf Antrag erbracht, sobald die Entschädigungsansprüche nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch abgelehnt worden sind. Der Antrag ist spätestens zwölf Monate nach der bestandskräftigen Ablehnung einer Entschädigung nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch zu stellen. Die antragstellende Person ist verpflichtet, die für die Leistungsgewährung notwendigen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Nachweise zu erbringen (Mitwirkungspflichten).
5. In besonderen Härtefällen, die existenzgefährdend sind oder erhebliche wirtschaftliche Nachteile für den Betroffenen darstellen, kann ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs als freiwillige Leistung, auch zusätzlich zu den Pauschalen nach der Anlage, ein einmaliger Härtefallzuschuss von bis zu 10 000 Euro gewährt werden.
6. Wird nach Zahlung einer Unterstützungsleistung ein Rechtsanspruch nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch bestandskräftig anerkannt, ist die Unterstützungsleistung zu erstatten.

### IV. Gemeinsame Bestimmungen

1. Die Regelleistungen nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch und die Mehrleistungen nach den Mehrleistungsbestimmungen der Unfallkasse Sachsen sind auf die weiteren Leistungen nach dieser Verwaltungsvorschrift nicht anzurechnen. Die zusätzlichen Leistungen sind gesondert festzustellen. Unterstützungsleistungen nach Ziffer III werden neben Zusatzleistungen nach Ziffer II nicht gewährt.
2. Zusatzleistungen nach Ziffer II und Unterstützungsleistungen nach Ziffer III sind auf einkommensabhängige Geldleistungen nicht anzurechnen. Auf diese weiteren Leistungen werden Leistungen aus einer vom Unfallverletzten selbst oder von Dritten zu seinen Gunsten beziehungsweise zugunsten seiner Hinterbliebenen abgeschlossenen privaten Versicherung nicht angerechnet.
3. Die Leistung wird auf Antrag gewährt. Für leistungsberechtigte Personen, die bei der Unfallkasse Sachsen

nach § 2 Absatz 1 Nummer 11 Buchstabe a, Nummer 12 oder Nummer 13 Buchstabe a des Siebten Buches Sozialgesetzbuch gesetzlich versichert sind, ersetzt die Unfallanzeige/Unfallmeldung den Antrag. Leistungsberechtigte Personen, die nicht bei der Unfallkasse Sachsen gesetzlich versichert sind, stellen ihren Antrag unter Vorlage des Leistungsbescheids ihrer gesetzlichen Unfallversicherung innerhalb von drei Monaten nach Zugang des Leistungsbescheids.

4. Zusatz- und Unterstützungsleistungen im Todesfall sind durch die Angehörigen der leistungsberechtigten Person zu beantragen. Als Angehörige antragsbefugt sind nacheinander
  - a) die Ehegattin oder der Ehegatte oder die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner,
  - b) die Kinder zur gesamten Hand und
  - c) die Eltern
 der verstorbenen leistungsberechtigten Person (§ 56 Absatz 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – [Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015], das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Februar 2021 [BGBl. I S. 239] geändert worden ist). Eine Vererbung im Sinne des § 58 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch findet nicht statt.
5. Bei einem Unfall mit Todesfolge ist der in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebende Partner oder die in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft lebende Partnerin der getöteten leistungsberechtigten Person einem Ehegatten beziehungsweise eingetragenen Lebenspartner gleichgestellt. Für eine eheähnliche Gemeinschaft muss eine gegenseitige „Verantwortungs- und Einstehungsgemeinschaft“ von gewisser Dauer im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 1992, Az.: 1 BvL 8/87, 2. amtlicher Leitsatz, nachgewiesen werden. Dazu ist eine zum Unfallzeitpunkt bestehende häusliche Gemeinschaft zwingend, für sich alleine aber nicht ausreichend. Zusätzlich zum Nachweis einer zum Unfallzeitpunkt bestehenden gemeinsamen Meldeadresse ist ein ergänzender Nachweis durch
  - einen gemeinsam unterzeichneten Miet- oder Kaufvertrag der bewohnten Immobilie,
  - gemeinsam abgeschlossene Versicherungsverträge,
  - ein gemeinsames Bankkonto,
  - einen Nachweis über die gemeinsame Versorgung von Kindern oder
  - einen gemeinsam abgeschlossenen Kreditvertrag erforderlich.
6. Die Angehörigen der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes sind über ihren Versicherungsschutz zu belehren. Sie sind darauf hinzuweisen, dass bei Unfällen sofort der Arzt und gegebenenfalls das Krankenhaus auf den gesetzlichen Versicherungsschutz nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch aufmerksam zu machen sind.

### V. Übergangsvorschrift

Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Unfälle, die nach dem 31. Dezember 2019 eingetreten sind. Auf Unfälle, die vor dem 1. Januar 2020 eingetreten sind, findet die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über zusätzliche Leistungen bei der Unfallversicherung im Bereich der Feuerwehr vom 21. Juni 2000 (SächsABl. S. 514), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 11. Novem-

ber 2005 (SächsABl. S. 1168) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDr. S. S 339), weiter Anwendung.

#### VI.

##### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

1. Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

2. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über zusätzliche Leistungen bei der Unfallversicherung im Bereich der Feuerwehr vom 21. Juni 2000 (SächsABl. S. 514), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 11. November 2005 (SächsABl. S. 1168) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDr. S. S 339), außer Kraft.

Dresden, den 11. Mai 2021

Der Staatsminister des Innern  
Prof. Dr. Roland Wöller



**Anlage**

(zu Ziffer III Nummer 3)

Als Unterstützungsleistungen werden pauschal geleistet:

<b>Fallgruppen</b>	<b>Kriterien</b>	<b>Entschädigung</b>
<b>Fallgruppe I</b>	Leichtere Körper- und Gesundheitsschäden ohne <b>(bleibende)</b> Funktionsbeeinträchtigung	
<b>I.1</b>	<b>Ohne</b> Arbeitsunfähigkeit oder mit Arbeitsunfähigkeit von weniger als drei zusammenhängenden Tagen	<b>entfällt</b>
<b>I.2</b>	<b>Mit</b> ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit von drei oder mehr zusammenhängenden Tagen	<b>16,00 Euro pro Tag maximal insgesamt 1 100,00 Euro</b>
<b>Fallgruppe II</b>	Erkrankungen, welche nach den Erfahrungswerten der Unfallkasse Sachsen über die 26. Woche nach dem Ereignis hinaus auf Dauer zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) in nachfolgender Abstufung führen:	
<b>II.1</b>	20 bis 30 Prozent	<b>2 200,00 Euro</b>
<b>II.2</b>	35 bis 45 Prozent	<b>3 800,00 Euro</b>
<b>II.3</b>	50 bis 75 Prozent	<b>6 600,00 Euro</b>
<b>II.4</b>	80 bis 100 Prozent	<b>11 000,00 Euro</b>
<b>Fallgruppe III</b>	Todesfälle	<b>22 000,00 Euro</b>

# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

### **Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus Krankheit-2019 (COVID-19)**

**Az.: 21-0502/3/18-2021/71176**

**Vom 7. Mai 2021**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt erlässt auf der Grundlage von § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 und § 28b Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), von denen § 28 Absatz 1 Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 16 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) geändert, § 28 Absatz 1 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst, § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 durch Artikel 1 Nummer 17 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) eingefügt, § 28a Absatz 3 Satz 1, 8 und 12 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. März 2021 (BGBl. I S. 370) geändert und § 28b Absatz 5 durch Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) eingefügt worden ist, folgende

#### **Allgemeinverfügung**

Zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) und mit Bezug auf die hohen Infektionszahlen werden folgende Regelungen getroffen:

#### **I. Allgemeines**

Die Vorschriften unter I. sind auch im Rahmen der besonderen Hygieneregeln zu beachten.

#### **1. Grundsätze**

- a) Es wird auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 4. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 454) Bezug genommen. Die Regelungen der Sächsischen Quarantäne-Verordnung und die lebensmittelhygienerechtlichen Vorgaben bleiben unberührt. Zusätzliche regionale Beschränkungen, die durch die zuständigen kommunalen Behörden erlassen werden, sind zu beachten.
- b) Diese Allgemeinverfügung gilt nicht für Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, heilpädagogische Kindertageseinrichtungen und Schulen mit Ausnahme der Hygieneregeln unter Ziffer II.1; diese besonderen Hygieneauflagen gelten auch für die

Essensversorgung in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen und Schulen einschließlich Schulinternaten und ergänzen die diesbezüglichen Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.

- c) Soweit gegen das SARS-CoV-2-Virus Geimpfte oder von einer SARS-CoV-2-Infektion Genesene nach § 9 Absatz 6 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung von der Testpflicht befreit sind, gilt dies mit Ausnahme der besonderen Hygieneregeln der Ziffern II.11, 13, 14 auch im Rahmen dieser Allgemeinverfügung.
- d) Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Regelungen zu Kontaktpersonen sind zu beachten.
- e) Nur Personen ohne COVID-19-Verdacht dürfen Betriebe, Einrichtungen und Angebote besuchen beziehungsweise nutzen.
- f) Sofern Betriebe und Einrichtungen nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zur Erstellung und Umsetzung von Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten verpflichtet sind, sind dabei die Vorgaben zum Arbeitsschutz und die Inhalte aktueller branchenüblicher Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände und die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtung zu berücksichtigen. Auf die Hygieneregeln nach dem jeweiligen Hygiene- und Infektionsschutzkonzept ist in angemessener Weise hinzuweisen (beispielsweise durch die Verwendung von Piktogrammen, Hinweisschildern oder Plakaten). In Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen ist eine verantwortliche Person für die Einhaltung der Hygiene- und Infektionsschutzanforderungen zu benennen.
- g) Personal ist in Bezug auf die Einhaltung der Hygieneregeln während der Corona-Pandemie regelmäßig zu informieren.
- h) Der Mindestabstand und die Vorgaben zu Kontaktbeschränkungen sind grundsätzlich einzuhalten, sofern in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung keine Ausnahmen geregelt sind.
- i) Die Husten- und Niesetikette ist zu beachten und einzuhalten.

- j) Alle Gelegenheiten zum Aufenthalt im Freien sollten genutzt werden. Treffen in Innenräumen sollten so kurz wie möglich gehalten werden.
- k) Kunststoffvisiere und Vergleichbares gelten nicht als Mund-Nasen-Schutz und Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne dieser Allgemeinverfügung.
- l) Abstandsmarkierungen auf dem Boden können als Orientierung hilfreich sein. Auf die Abstandsregelungen ist gegebenenfalls auch vor dem Gebäude hinzuweisen.
- m) Enge Bereiche sind zu vermeiden und gegebenenfalls umzugestalten. Warteschlangen sind zu vermeiden. Ein Einlassmanagement (beispielsweise durch Zählsysteme, Terminvergabe und andere) ist zu gewährleisten.
- n) Die bedarfs- oder nutzungsabhängige, mindestens arbeitstägliche Reinigung von Flächen, Gegenständen und Trainingsgeräten sowie deren Frequenz sind beizubehalten.
- o) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen nach dem Betreten der unter Ziffer II. genannten Orte die Hände waschen beziehungsweise desinfizieren können. Die Möglichkeiten zum Händewaschen (mit entsprechendem Abstand zueinander) sind mit Flüssigseife und zum Abtrocknen mit Einmalhandtüchern auszurüsten. Elektrische Handtrockner sind weniger geeignet, können aber belassen werden, wenn sie bereits eingebaut sind.
- p) Dem häufigen Händewaschen und gegebenenfalls Desinfizieren ist der Vorzug gegenüber dem Tragen von Einmalhandschuhen zu geben.
- q) Genutzte Räume sind häufig gründlich durch Stoß- oder Querlüften zu lüften. Dabei sollten Büroräume mindestens stündlich, Seminar- und Besprechungsräume aller 20 Minuten gründlich gelüftet werden.
- r) Die Nutzung von interaktiven Konzepten mit zusätzlichen Kontakten (Tastenbedienung, Touchscreens, Kopfhörer und so weiter) sowie die Nutzung von Audioguides sind zu vermeiden (Zulassung u. U. nur mit mitgebrachten eigenen oder käuflich erwerbbaaren, personenbezogenen Kopfhörern).
- s) Grundsätzlich sind in Betrieben und Einrichtungen beim Umgang mit Lebensmitteln die allgemeinen Regeln der Lebensmittelhygiene bei der Zubereitung, der Abgabe sowie dem Transport von Lebensmitteln und der Hygiene des Alltags zu beachten. Regelmäßiges Händewaschen ist unbedingt sicherzustellen.
- t) Arbeitgeber haben auf der Grundlage einer aktualisierten Gefährdungsbeurteilung besondere Arbeitsschutzmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 21. Januar 2021 (BANZ AT 22.01.2021 V1), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. April 2021 (BANZ AT 22.04.2021 V1) geändert worden ist, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, die SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel und, soweit vorhanden, deren branchenspezifischen Anpassungen durch den zuständigen Unfallversicherungsträger oder die Arbeitsschutzbehörde sowie die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zum Infektionsschutz in ihren jeweiligen geltenden Fassungen und ergänzend Konzepte und Empfehlungen der Fachverbände zu berücksichtigen.
- u) Die Nutzung der Corona-Warn-App des Bundes wird dringend empfohlen.

## 2. Klimaanlage, Raumluftanlagen

- a) Da durch die Nutzung der Räume ein Überströmen und Verwirbeln der Luft nicht vermieden werden

kann, bleiben Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen vom Lüftungskonzept eines Raumes unbenommen.

- b) Für Lüftungsanlagen in Bereichen mit medizinischen Sonderanforderungen, beispielsweise intensiv-medizinisch betreute Patienten, sind die Strömungsanforderungen gemäß den geltenden Normen beziehungsweise Empfehlungen (zum Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene) für raum-lufttechnische Anlagen in medizinischen Einrichtungen einzuhalten.
- c) Für sonstige Räume und in Bereichen ohne medizinische Sonderanforderungen im medizinischen und Pflegebereich werden keine zusätzlichen Forderungen zu lüftungstechnischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie erhoben. COVID-19-Patienten müssen nicht in zwangsbelüfteten Räumen untergebracht werden; vorhandene Lüftungen müssen nicht abgeschaltet werden. Da durch Fachkreise (zum Beispiel Kommission Reinhaltung der Luft vom VDI) nach derzeitigem Wissen die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung von SARS-CoV-2 über raumlufttechnische Anlagen (RLTA) in Restaurants, Geschäften und Ähnlichen als sehr gering eingeschätzt wird, sollen raum-lufttechnische Anlagen nicht abgeschaltet werden. Es gelten die Anforderungen der Richtlinie VDI 6022; Wartungen sind regelmäßig durchzuführen. Bei RLTA mit Außenluft sollte das Außenluftvolumen erhöht werden, um einen entsprechenden Luftwechsel zu erreichen. In Räumen mit RLTA ohne zugeführte Außenluft sowie in Räumen ohne mechanische Lüftung ist während der Nutzung so oft wie möglich quer zu lüften, da Frischluft zur schnellen Verdünnung eventueller Virenlasten beiträgt.

## II. Besondere Regelungen

Sofern die Öffnung oder der Betrieb der im Folgenden genannten Einrichtungen und Angebote nach §§ 10 bis 13, 18 bis 21 sowie 26 bis 30 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist, gelten für diese jeweiligen Einrichtungen und Angebote folgende besondere Hygieneregeln:

### 1. Besondere Hygieneregeln für die Speisenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Außenbereich

- a) Im Eingangsbereich zu Kantinen und Mensen sowie im Ausgabebereich von mitnahmefähigen Speisen und Getränken sind Desinfektionsmittelspender aufzustellen.
- b) Bei der Abgabe von Speisen und Getränken in Selbstbedienung ist das Besteck einzeln über das Servicepersonal auszureichen.
- c) Sofern der Gastronomiebetrieb im Außenbereich zulässig ist, wird ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Gästen sicher gewährleistet ist; Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 28b Absatz 1 Nummer 1 des Infektionsschutzgesetzes, § 4 Absatz 1 oder 2 oder § 12 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, sofern der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen nicht eingehalten werden kann; das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte

OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, wird empfohlen.

## **2. Besondere Hygieneregeln für Ladengeschäfte und Märkte**

- a) Es wird empfohlen, dass Läden und Geschäfte des Lebensmittel Einzelhandels gesonderte Öffnungszeiten für Seniorinnen und Senioren anbieten.
- b) Die Reinigung oder Desinfektion von Flächen und Gegenständen, die häufig von Kunden berührt werden, darunter Griffe von Einkaufskörben und -wagen, hat regelmäßig zu erfolgen. Die Reinigung oder Desinfektion von Einkaufskörben und -wagen durch die Kunden vor der Nutzung ist zu ermöglichen.
- c) Bei der Abholung vorbestellter Waren ist im Innen- und im Außenbereich der Mindestabstand einzuhalten und im Innenbereich eine medizinische Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, zu tragen.
- d) Durch Markierungen auf dem Boden sollte die Einhaltung der Mindestabstände im Kassensbereich gewährleistet werden.
- e) Die Einführung eines „Einbahnstraßensystems“ wird empfohlen.
- f) § 28b Absatz 1 Nummer 4 Halbsatz 1 Buchstabe b des Infektionsschutzgesetzes sowie § 6 Absatz 2 und § 10 Absatz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung regeln die Beschränkung der maximalen Kundenanzahl in Geschäften. Durch Einlassmanagement ist sicherzustellen, dass die maximale Kundenanzahl nicht überschritten wird.
- g) Aus Gründen des Infektionsschutzes bestehen keine Bedenken gegen das Befüllen von durch die Kunden mitgebrachten Behältnissen.

## **3. Besondere Hygieneregeln für nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässige Beherbergungsangebote**

- a) Eine Belegung von Schlafräumen ist nur unter Einhaltung der gültigen Kontaktbeschränkungen zulässig.
- b) Müssen Bereiche in den Unterkünften im begründeten Einzelfall dennoch von unterschiedlichen Personen genutzt werden, zum Beispiel Aufenthaltsbereiche, Sanitärräume und Küchen, sind, wenn der Mindestabstand nicht gewährleistet werden kann, durch organisatorische Maßnahmen Kontakte zwischen den einzelnen Personen zu vermeiden. Geeignet sind zum Beispiel unterschiedliche Nutzungszeiten, die im Voraus festgelegt werden. Zusätzlich sind zwischen den jeweiligen Nutzungen zeitliche Unterbrechungen vorzusehen, um Kontakte konsequent auszuschließen. Außerdem müssen die Räume zwischen den Nutzungen ausreichend gelüftet werden.
- c) Bei der Unterbringung in Sammelunterkünften ist darüber hinaus die Einhaltung des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichten SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards zu gewährleisten.

## **4. Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen**

- a) Um den Mindestabstand der Nutzer untereinander einhalten zu können, sind Hinweise anzubringen, wie viele Personen maximal in den Sanitärräumen zulässig sind. Auf die Abstandsregelung vor den Sanitärräumen ist hinzuweisen.
- b) Es müssen ausreichend geeignete Möglichkeiten zum Händewaschen (mit entsprechendem Abstand

zueinander) vorhanden sein, ausgerüstet mit Flüssigseife. Bringen die Nutzer keine eigenen Handtücher mit, sind zum Abtrocknen Einmalhandtücher optimal. Die Behälter zur Aufnahme der Einmalhandtücher sind mit reißfesten Müllsäcken auszukleiden und regelmäßig zu leeren.

- c) Die Nutzer sind anzuhalten, die Hände nach der Nutzung der Sanitäranlage zu waschen.
- d) Sämtliche Verunreinigungen insbesondere von Kontaktflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr sind umgehend zu beseitigen. Dafür sind ggf. mehrmals täglich Kontrollen und bei Beanstandungen Reinigungen notwendig.

## **5. Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung**

- a) In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- b) Benutzte Gerätschaften (Scheren, Kämme, Haarschneider, Umhänge und so weiter) sind nach Anwendung am Kunden wie üblich aufzubereiten. Sämtliche Verunreinigungen, insbesondere von Arbeitsflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr, sind umgehend zu beseitigen.
- c) Im Übrigen wird auf die einschlägigen Vorschriften der Sächsischen Hygiene-Verordnung vom 7. April 2004, die durch Artikel 3 der Verordnung vom 8. Dezember 2009 (SächsGVBl. S. 594) geändert worden ist, verwiesen.

## **6. Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen**

- a) Arbeitsmittel sind nach Möglichkeit personenbezogen zu verwenden. Wo das nicht möglich ist, ist eine Reinigung der Geräte zu ermöglichen.
- b) Prüfungen sind in größeren Räumen mit genügend Abstand durchzuführen.
- c) In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist eine Obergrenze für die Anzahl aller zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht. Dies gilt gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht für Aus-, Fort-, und Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, die der berufsbezogenen, schulischen oder akademischen Ausbildung dienen.
- d) Besondere Hygieneregeln für die Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen:
  - Beim Spielen von Blasinstrumenten und beim Singen ist ein Abstand von drei Metern untereinander einzuhalten.
  - Bei Blasinstrumenten ist das Kondenswasser aufzufangen. Benutzte Einmaltücher sind in reißfesten Müllsäcken zu sammeln und zu entsorgen. Textile Tücher sind nach der Nutzung entsprechend zu waschen.
- e) Besondere Hygieneregeln für die Tanzschulen und Tanzsportvereine:
  - Die Öffnung von Tanzschulen ist erlaubt für den Einzelunterricht und für feste Paare (das heißt keine Kurse mit wechselnden Partnern)

sowie Solotänzer. Tanzlehrer beziehungsweise Assistenten dürfen gemeinsam tanzen. Ausnahmen gelten für gestattete Personengruppen nach § 28b Absatz 1 Nummer 1 des Infektionsschutzgesetzes, § 4 Absatz 1 oder 2 oder § 12 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.

- Die Öffnung für Publikumsverkehr (Zuschauer, Begleitpersonen und so weiter) ist untersagt.
- Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Trainingszeit gewährleistet.

**7. Besondere Hygieneregeln für Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks**

- a) Eine Zutrittsbegrenzung für eine maximale Personenzahl ist umzusetzen. Diese ist so zu wählen, dass das generelle Abstandsgebot unter den jeweils geltenden Kontaktbeschränkungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung eingehalten wird.
- b) Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleistet.

**8. Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich sowie Fitness- und Sportstudios**

- a) Entsprechend der Sächsischen Corona-Quarantäne-Verordnung haben sich alle Personen, die aus einem Risikogebiet im Ausland angereist sind, in häusliche Quarantäne zu begeben. Der Besuch der Sportstätten ist diesen Personen daher verboten. Die Vorschriften der Sächsischen Corona-Quarantäne-Verordnung bleiben unberührt.
- b) Training und Wettkämpfe sind entsprechend der Vorgaben der Bundesfachverbände durchzuführen.
- c) In Trainings- und Wettkampfpausen sind die Kontakte auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- d) Die Anzahl der jeweils zugelassenen Sportler hängt von der jeweiligen Sportart ab, muss die Einhaltung des Mindestabstandes während des Trainings ermöglichen und ist im Konzept der Sportstätte beziehungsweise Einrichtung abzubilden.
- e) Trainingseinheiten sind so zu konzipieren, dass der körperliche Kontakt auf ein Minimum beschränkt wird.
- f) Bei Kontaktsportarten (Sportarten, die den physischen Kontakt zwischen Spielern erfordern) ist während des Trainings ein Wechsel der Trainingspartner zu minimieren.
- g) Der Mindestabstand ist auch in den Umkleidebereichen sowie Sanitärbereichen einzuhalten.
- h) Die Einrichtungen dürfen nicht für den Publikumsverkehr (Zuschauer, Begleitpersonen und so weiter) geöffnet werden. Sportveranstaltungen mit Publikum sind untersagt.
- i) Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach dem Training beziehungsweise der Behandlung gewährleistet.

**9. Besondere Hygieneregeln für Bäder und Saunen, soweit der Betrieb nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist**

- a) Der Betreiber hat in Abhängigkeit von der Größe des Bades beziehungsweise der Sauna und den räumlichen Gegebenheiten eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen fest-

zulegen und durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherzustellen, dass der Mindestabstand sowohl im Wasser als auch in allen Bereichen außerhalb des Wassers, zum Beispiel in Liege- und Ruhebereichen, in Umkleiden, Sanitärräumen sowie im Eingangs- und Kassenbereich eingehalten werden kann. Unter diesen Bedingungen ist auch die Öffnung von Umkleiden und Duschen möglich.

- b) Gemeinschaftlich genutzte Gegenstände (zum Beispiel Schwimmhilfen, Tauchringe und ähnliches) sind nach jeder Benutzung gründlich zu reinigen oder privat mitzubringen. Der Verleih von Liegen ist nicht zulässig.

**10. Besondere Hygieneregeln für Fahrten mit Reisebussen**

- a) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen bei jedem Einstieg in den Bus die Hände desinfizieren.
- b) Die Busse sind gründlich und häufig beziehungsweise permanent zu belüften.

**11. Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens**

- a) Die einschlägigen Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention sowie des Robert Koch-Instituts sind zu beachten.
- b) Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt, alle weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens, inklusive Praxen humanmedizinischer Heilberufe, ambulante Pflegedienste, voll- oder teilstationäre Einrichtungen zur Betreuung und Unterbringung älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen sowie Heime für minderjährige Personen müssen gemäß §§ 23 beziehungsweise 36 des Infektionsschutzgesetzes in Hygieneplänen innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festlegen. Dies umfasst auch die entsprechenden Regelungen zur Verhütung einer SARS-CoV-2-Infektion. Für Einrichtungen nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung findet neben § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes auch § 3 Absatz 2 Nummer 10 und 12 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes Anwendung.
- c) Einrichtungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 1 bis 4 der Coronavirus-Testverordnung in der jeweils geltenden Fassung (unter anderem Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste und stationäre sowie teilstationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe) haben ein einrichtungs- oder unternehmensbezogenes Testkonzept vorzuhalten, soweit sie gemäß § 4 Absatz 1 und § 6 Absatz 3 der Coronavirus-Testverordnung in eigener Verantwortung PoC-Antigentests beschaffen und nutzen.

**12. Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe**

- a) Die Träger von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe haben Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Maßnahmen zur Besucherlenkung, Zugangsbeschränkung, Abstandshaltung, Mund-Nasen-Bedeckung und Basishygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren.

- b) Die Obergrenze in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für die zeitgleich anwesenden Personen bemisst sich abweichend von § 4 Absatz 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung an den örtlichen Gegebenheiten und muss im jeweiligen Hygienekonzept festgelegt werden. Es sollte nach Möglichkeit gewährleistet werden, dass der Mindestabstand nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung unter den Personen eingehalten werden kann; das gilt auch für feste wiederkehrende Gruppen.

### **13. Besondere Hygieneregeln für zulässige Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen**

Für teilstationäre Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen wie Ganztagsbetreuung/ Ferienbetreuung, in denen Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch erbracht werden, gelten die Vorschriften zur Regelung von Hygieneanforderungen für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie entsprechend.

### **14. Besondere Hygieneregeln für teilstationäre Einrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch**

Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind nach § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zur Betreuung von Tagespflegegästen zu erstellen. Die Konzeption hat insbesondere Regelungen zu Hygienemaßnahmen, zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Gäste, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause und zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten zu enthalten. Dabei sind die Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen.

### **15. Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung**

Modellprojekte sollen sich an den Hygieneregeln der Ziffer I.1 orientieren.

### **III. Weitere Hygieneschutzmaßnahmen bleiben vorbehalten.**

### **IV. Diese Allgemeinverfügung tritt am 10. Mai 2021 in Kraft. Sie gilt bis einschließlich 30. Mai 2021. Gleichzeitig tritt die Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes – Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie – Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus – Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 21. April 2021, Az.: 21-0502/3/17-2021/61691, außer Kraft.**

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz,
- Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden,
- Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig.

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Allgemeinverfügung soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

### **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung**

- Gegen Verwaltungsakte des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein Widerspruchsverfahren nicht vorgesehen. Durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Klagefrist nicht gewahrt.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen.
- Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, muss das elektronische Dokument entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen werden oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung eingereicht werden. Die weiteren Maßgaben für die Übermittlung des elektronischen Dokumentes ergeben sich aus Kapitel 2 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung.
- Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Dresden, den 7. Mai 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

#### Zu Ziffer I.1 (Grundsätze)

Um das Infektionsrisiko durch Aerosole und Tröpfcheninfektionen an Orten, an denen viele Menschen aufeinandertreffen, gering zu halten, ist auf allgemeine Hygieneregeln wie das durchgängige Einhalten eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zwischen Personen beziehungsweise, wenn der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (im Sinne der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung) sowie gründliches Lüften beziehungsweise auf den Aufenthalt im Freien hinzuweisen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Vermeidung von Schmierinfektionen durch Händehygiene und zur Vermeidung des Berührens von Oberflächen zu treffen.

Regelmäßiges Lüften bedeutet einen Luftaustausch von Innenraumluft mit frischer Außenluft. Dabei werden unter anderem verbrauchte Luft, Schadstoffe von Materialien, Partikel sowie Biostoffe, zum Beispiel Krankheitserreger, nach außen abtransportiert, um eine gute Luftqualität in Innenräumen zu gewährleisten. Nach der Arbeitsstättenverordnung und der konkretisierenden Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.6 „Lüftung“ (Gemeinsames Ministerialblatt (GMBL.) 2012, S. 92, zuletzt geändert GMBL. 2018, S. 474) muss in umschlossenen Arbeitsräumen eine „gesundheitlich zuträgliche Atemluft“ vorhanden sein. Gerade in Zeiten einer Pandemie ist ein ausreichender Luftaustausch besonders wichtig, damit die Ansteckungsgefahr verringert werden kann. Die ASR A3.6 „Lüftung“ und die SARS-CoV-2-Pandemie-Empfehlungen zum Lüftungsverhalten an Innenraum-arbeitsplätzen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. (DGUV) vom 12.10.2020 (<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3932>) empfehlen für das Lüften von zum Beispiel Büroräumen einen zeitlichen Abstand von einer Stunde und von Besprechungs- und Seminarräumen von 20 Minuten.

Ziffer I.1. Buchstabe b stellt klar, dass die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung die pandemiebedingten Modalitäten im Betrieb von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen und Schulen weitgehend abschließend regelt. Dies entspricht auch der Systematik der mit Wirkung zum 14. Februar 2021 aufgehobenen Allgemeinverfügung zur Regelung des Betriebs von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, von Schulen und Schulinternaten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie.

Darüber hinaus sind von Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen in Form von Hygienekonzepten die Hygienemaßnahmen festzuschreiben und einzuhalten, wie sie im SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und in der vorliegenden Allgemeinverfügung beschrieben sind. In diesem Zusammenhang sollen aktuelle branchenübliche Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände sowie die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtungen Berücksichtigung finden und die Hygienekonzepte konkretisieren.

Die Kunden sind bereits beim Betreten der Betriebe, Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise des gastronomischen Außenbereichs auf die entsprechend dem Hygienekonzept einzuhaltenden Regeln hinzuweisen, um deren Kenntnis und Beachtung sicherstellen zu können

beziehungsweise im Falle der Nichtakzeptanz das weitere Betreten zu verhindern.

Den wesentlichen Übertragungsweg von SARS-CoV-2-Viren stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend hat das Personal einen Mund-Nasen-Schutz gemäß den Vorgaben der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung zu tragen, sofern keine alternativen, ebenso wirksamen Schutzmaßnahmen beim unmittelbaren Kontakt mit Kunden oder anderen Mitarbeitern Verwendung finden. Auf diese Weise soll die Ausbreitung von Aerosolen zumindest reduziert werden. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Zusätzlich wird der Infektionsprävention durch die Einhaltung der Abstandsregelung von mindestens 1,5 Metern in Innenräumen in Verbindung mit weiteren Schutzmaßnahmen Rechnung getragen.

Die regelmäßige Reinigung oder Desinfektion ist weiterhin eine zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahme.

Die allgemeinen Grundsätze des Infektionsschutzes sowie Vorgaben des Lebensmittelhygienerechts sind darüber hinaus unverändert anzuwenden.

Zur Sicherstellung der Beachtung aller Hygienevorgaben ist die Schulung des Personals erforderlich und nachzuweisen.

Personen mit begründetem Verdacht einer COVID-19-Infektion dürfen die Einrichtungen aus Vorsorgegründen weder als Kunden betreten noch als Mitarbeiter in diesen tätig sein.

Das RKI weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch die Kunden wie auch regelmäßige Desinfektion von häufig berührten Flächen geregelt.

Markierungen auf dem Boden erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten notwendiger Abstände.

#### Zu Ziffer I.2 (Klimaanlagen, Raumlufteinrichtungen)

Durch Klimaanlagen und raumluftechnische Anlagen können Tröpfchen und Aerosole im Raum verwirbelt und verteilt werden. Nur gut gewartete und richtig eingestellte Klimaanlagen und raumluftechnische Anlagen können dieses Risiko minimieren.

Aufgrund der Einschätzungen entsprechender Fachkreise werden Regelungen für die Belüftung getroffen, um das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 einzudämmen. Auf dem derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und die sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen, die in der Publikation „Infektionsschutzgerechtes Lüften – Hinweise und Maßnahmen in Zeiten der SARS-CoV-2-Epidemie“ ([https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=18](https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?__blob=publicationFile&v=18)) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) umfassend dargestellt werden, wird Bezug genommen.

## **B. Besonderer Teil**

Die in dieser Allgemeinverfügung enthaltenen besonderen Hygieneregeln für Einrichtungen und Angebote gelten jeweils vorbehaltlich ihrer zulässigen Öffnung nach den Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Sie dienen der Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2.

### **Zu Ziffer II.1 (Besondere Hygieneregeln für die Speisenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Außenbereich)**

Die Hygieneregeln für die Abgabe von Speisen und Getränken zur Mitnahme sowie für den Verzehr in Mensen und Kantinen beziehungsweise im Rahmen der Außengastronomie folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts ([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2)) in Verbindung mit den ergänzenden fachlichen Einschätzungen des Bundesinstitutes für Risikobewertung (zum Beispiel: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>) beschrieben sind.

Sofern der Gastronomiebetrieb im Außenbereich gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gestattet ist, ist eine Bewirtung im Außenbereich sowohl für Gäste als auch Übernachtungsgäste in Beherbergungsstätten möglich.

Die in Ziffer II.1 niedergelegten Hygienemaßnahmen gelten für die nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung geöffneten Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, heilpädagogische Kindertageseinrichtungen und Schulen einschließlich Schulinternate und ergänzen die in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung getroffenen Regelungen.

Zur Sicherstellung der Abstandsregelungen entsprechend der Robert Koch-Institut-Empfehlung wurde für belegte Tische beim Verzehr von Speisen ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Stühlen benachbarter Tische festgeschrieben. Da beim Verzehr von Speisen in der Regel länger verweilt wird, muss hier besonders auf die Einhaltung der Abstandsregelungen geachtet werden. An einem Tisch gruppierte Stühle können den Mindestabstand unterschreiten, wenn sie von Personen des eigenen Hausstandes und einer weiteren Person einschließlich der zu ihrem Haushalt gehörenden Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres beziehungsweise entsprechend den sonstigen Regelungen des Infektionsschutzgesetzes sowie der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung belegt sind. Diese Abstandsregelungen gelten entsprechend für den Gastronomiebetrieb im Außenbereich.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei. In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch Kunden und Gäste geregelt. Die ergänzenden Regelungen für den Lebensmittelbereich inklusive der Lebensmittelbedarfsgegenstände berücksichtigen ebenfalls die Möglichkeit der Kontaktinfektion.

### **Zu Ziffer II.2 (Besondere Hygieneregeln für Ladengeschäfte und Märkte)**

Die Hygieneregeln für Geschäfte und Läden aller Art folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts ([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2)) beschrieben sind. Den wesentlichen Übertragungsweg stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend wurde für Kunden und Personal in Geschäften und Läden, wie auch beim Abholen, das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, vorgeschrieben, um die Ausbreitung von Aerosolen zumindest zu reduzieren. Alternative Schutzmaßnahmen können Verwendung finden, sofern sie ebenso wirksam sind. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut ebenfalls zur Verringerung des Infektionsrisikos bei. Markierungen auf dem Boden und – soweit realisierbar – Einbahnstraßen-Regelungen erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten notwendiger Abstände.

Mit gesonderten Öffnungszeiten im Lebensmitteleinzelhandel für Seniorinnen und Senioren kann der Infektionsschutz für diese Personengruppe erhöht werden.

### **Zu Ziffer II.3 (Besondere Hygieneregeln für nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässige Beherbergungsangebote)**

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln als Infektionsschutzmaßnahmen getroffen, um die Kontakte in gemeinschaftlich genutzten Räumen soweit wie möglich zu begrenzen.

Die Hinweise zur Speisenversorgung sind in der Begründung zu Ziffer II.1 dargelegt.

### **Zu Ziffer II.4 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen)**

Öffentliche Toiletten und sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen werden naturgemäß, gerade in der Hauptsaison, von vielen Menschen benutzt. Kommen viele Menschen ohne die Einhaltung von Abstandsregeln zusammen, kann dies ein Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 darstellen. Deshalb ist die Benutzung der öffentlichen Toiletten und sanitären Anlagen auf Campingplätzen von zu vielen Personen zur gleichen Zeit zu vermeiden. Dies gelingt durch die Beschränkung der gleichzeitig anwesenden Personenzahl in Abhängigkeit von der Raumgröße sowie der Einhaltung der Abstandsregeln in diesen Bereichen. Der Betreiber hat entsprechende Hinweise zur maximalen Zahl an gleichzeitig anwesenden Personen in den Toiletten beziehungsweise Sanitärbereichen anzubringen.

Das Händewaschen nach der Nutzung der Sanitäranlagen ist eine wichtige Hygienemaßnahme um das Infektionsrisiko zu senken. Für das Händewaschen müssen in den Sanitäranlagen geeignete Möglichkeiten vorhanden sein. Hierbei sollte ein entsprechender Abstand zwischen



den Personen eingehalten werden. Die Bereiche zum Händewaschen müssen zudem mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern (falls die Personen kein eigenes Handtuch bei sich tragen) ausgerüstet sein. Die Benutzung von Stückseifen beziehungsweise einem Handtuch für mehrere Personen ist nicht geeignet, da bei nicht gründlichem Waschen der Hände Keime, welche sich auf dem Handtuch befinden, von einer Person auf die Hände der nächsten Person übertragen werden können.

Die Nutzer sind angehalten, sich die Hände nach der Nutzung der öffentlichen Toilettenanlage/ Sanitäranlage auf dem Campingplatz zu waschen. Dies erfolgt über entsprechende Hinweise. Nach dem Toilettenbesuch können Keime leicht über kleinste Stuhlreste weitergetragen werden. Von den Händen können Erreger beispielsweise an Spültaster, Armaturen oder Türklinken weitergereicht werden und dort abhängig von der Art des Keims, der Beschaffenheit der Oberfläche, der Umgebungstemperatur oder Feuchtigkeit für einige Zeit überleben. Durch gründliches Händewaschen kann die Weitertragung von Keimen vermieden werden.

Die Reinigung insbesondere von Kontaktflächen in öffentlichen Toiletten und Sanitärbereichen auf Campingplätzen ist regelmäßig durchzuführen. Verunreinigungen sind umgehend zu beseitigen. Die Bereiche werden von Personen aus unterschiedlichen Hausständen über den ganzen Tag genutzt. Es ist davon auszugehen, dass durch häufige Nutzung die Verunreinigung zunimmt und somit das Infektionsrisiko steigt. Deshalb ist die Sauberkeit in diesen Bereichen zu gewährleisten und diese regelmäßig zu kontrollieren.

#### **Zu Ziffer II.5 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung)**

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die in Betrieben im Bereich der körpernahen Dienstleistung bestehenden Gefahren so weit wie möglich zu reduzieren.

Bei körpernahen Dienstleistungen werden Angebote direkt am Menschen erbracht. Hierbei besteht ein höheres Risiko der Weitergabe von SARS-CoV-2, da Mindestabstände nicht eingehalten werden können. Insofern werden verschärfende Regelungen für das Tragen von Masken, organisatorische Maßnahmen und die Reinigung aufgestellt. Das größte Risiko geht von kopfnahen Tätigkeiten aus. Das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, schützt sowohl den Ausführenden als auch den Kunden vor einer Virusübertragung.

#### **Zu Ziffer II.6 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen)**

Durch ergänzende Regeln für die genannten Bildungseinrichtungen einschließlich der Erbringung der genannten Schulungen und Prüfungen, für Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen soll das Infektionsrisiko minimiert werden. Um eine Weitergabe des Coronavirus SARS-CoV-2 zu vermeiden, sollten die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen zuverlässig eingehalten werden (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/>

kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf und [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Reinigung\\_Desinfektion.html;jsessionid=033F318AA6CB26421286DA A357E07949.internet052?nn=2386228](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Reinigung_Desinfektion.html;jsessionid=033F318AA6CB26421286DA A357E07949.internet052?nn=2386228)).

Durch Musikinstrumente (insbesondere Blasinstrumente) und Gesang können nachweislich mehr Tröpfchen und Aerosole verbreitet werden als beim normalen Umgang zwischen Personen. Insofern sind spezielle Regelungen für diesen Personenkreis zu treffen, insbesondere zur Einhaltung eines größeren Abstands zwischen den Handelnden und zum Umgang mit besonders risikoreichen Instrumenten (Blasinstrumente).

#### **Zu Ziffer II.7 (Besondere Hygieneregeln für Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks)**

Durch ergänzende Regeln für Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks soll das Infektionsrisiko in diesem Bereich minimiert werden. Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die Kontakte in Einrichtungen soweit wie möglich zu begrenzen. Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut zur Verringerung des Infektionsrisikos bei.

#### **Zu Ziffer II.8 (Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich sowie Fitness- und Sportstudios)**

Sportliche Aktivitäten sind mit einer gesteigerten Atmung und damit auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen verbunden. Um die Gefahr einer erhöhten Übertragung von SARS-CoV-2 zu reduzieren, sind sowohl die geltenden landesrechtlichen Quarantäne-Regelungen als auch die Vorgaben der Bundesfachverbände für Training und Wettkämpfe zu beachten. Zudem werden für diese Einrichtungen Betriebs-, Zugangs- und Kontaktbeschränkungen sowie organisatorische Festlegungen getroffen. Nur so ist der Betrieb dieser Einrichtungen mit akzeptablem Risiko möglich.

Aufgrund der Anwesenheit von potentiell Infizierten stellen Sportwettkämpfe mit Publikum eine erhöhte Gefahr der Übertragung von SARS-CoV-2 dar und können daher derzeit nicht stattfinden.

Lüftungskonzepte sind für diese Einrichtungen als Maßnahme des Infektionsschutzes erforderlich.

#### **Zu Ziffer II.9 (Besondere Hygieneregeln für Bäder und Saunen, soweit der Betrieb nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist)**

Eine Übertragung von SARS-CoV-2 über Schwimm- und Badewasser in normgerecht gebauten und betriebenen Bädern wird vom Umweltbundesamt als höchst unwahrscheinlich eingeschätzt ([https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/374/dokumente/stellungnahme\\_uba\\_sars-co2\\_badebecken.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/374/dokumente/stellungnahme_uba_sars-co2_badebecken.pdf)).

Wie für alle Orte, an denen viele Menschen versammelt sind, besteht in Bädern aber ein Infektionsrisiko durch direkte Übertragung der Erreger von Mensch zu Mensch. Auch Schmierinfektionen über Flächen und Gegenstände können nicht ausgeschlossen werden. Um die direkte Mensch-zu-Mensch-Übertragung zu verhindern, ist auch innerhalb von Bädern der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten. Dies gilt für alle Bereiche des Bades. Der Betreiber muss durch Zugangsbeschränkungen und

organisatorische Regelungen sicherstellen, dass der Mindestabstand eingehalten werden kann. Dazu ist auch eine Obergrenze für die Zahl der zeitgleich anwesenden Badegäste festzulegen. Fachliche Vorgaben zur Festlegung der Obergrenze finden sich im Pandemieplan Bäder der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen e. V. (<https://www.baederportal.com/startseite/> und [https://www.baederportal.com/fileadmin/user\\_upload/\\_corona/DGfB\\_Fachbericht\\_Pandemieplan\\_\\_Baeder\\_Version\\_4\\_0-25\\_03\\_2021.pdf](https://www.baederportal.com/fileadmin/user_upload/_corona/DGfB_Fachbericht_Pandemieplan__Baeder_Version_4_0-25_03_2021.pdf)).

#### **Zu Ziffer II.10 (Besondere Hygieneregeln für Fahrten mit Reisebussen)**

Durch ergänzende Regeln für Fahrten mit Reisebussen soll das Infektionsrisiko, das durch enges Beieinandersitzen auf längeren Strecken entsteht, minimiert werden.

#### **Zu Ziffer II.11 (Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens)**

Für diese Einrichtungen existieren bereits risikobezogene Regelungen beziehungsweise Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention und des Robert Koch-Instituts zur Minimierung von Infektionsrisiken sowie anderweitige rechtliche Normen. Der Verweis auf diese Regelungen hat deklaratorischen Charakter.

Die Einrichtungen haben dafür Sorge zu tragen, dass sich die versorgten Personen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben die Einrichtungen einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern.

Hierbei sollen die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beachtet werden. Eine Abwägung des Nutzens von Schutzmaßnahmen gegenüber psychosozialen Folgen und anderen Schäden ist stets erforderlich.

Um zu einem angemessenen Verhältnis zwischen dem Schutz der versorgten Personen und deren Persönlichkeits- sowie Freiheitsrechten zu gelangen, liegt es in der Verantwortung sowie fachlichen und sozialen Kompetenz der Einrichtungsleitungen, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und umzusetzen. Hierbei müssen die räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten vor Ort sowie das aktuelle und regionale Infektionsgeschehen berücksichtigt werden. Des Weiteren liegt es im Ermessen der Einrichtungsleitungen, zur Abstimmung der Schutzvorkehrungen die zuständige kommunale Gesundheitsbehörde zu konsultieren.

Entsprechendes gilt für Krankenhäuser, für welche bereits gemäß § 23 Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene in Hygieneplänen festzulegen sind. Die Hygieneregeln erlangen im Rahmen der Corona-Pandemie aufgrund des Ausfallrisikos des medizinischen Personals (aufgrund Erkrankung beziehungsweise Quarantäne, um weitere Infektionen zu vermeiden) auf der einen und der Aufrechterhaltung der stationären Versorgung auf der anderen Seite besondere Bedeutung.

Darüber hinaus findet für Einrichtungen nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutzverordnung neben § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes auch § 3 Absatz 2 Nummer 10 und 12 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes Anwendung, wonach es im Verantwortungsbereich

des Einrichtungsträgers und der Einrichtungsleitung liegt, dass ein ausreichender und dem Konzept der Einrichtung angepasster Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner vor Infektionen gewährleistet wird und dass auch durch die Beschäftigten die erforderlichen Hygieneanforderungen eingehalten werden.

Das Erfordernis von Hygienekonzepten in Heimen für minderjährige Personen ergibt sich bereits aus dem Infektionsschutzgesetz (§§ 33 und 36 des Infektionsschutzgesetzes). Diese Konzepte sind im Hinblick auf das Pandemiegeschehen anzupassen.

#### **Zu Ziffer II.12 (Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe)**

Den allgemeinen Hygieneregeln der Allgemeinverfügung folgend, sollen die Konzepte neben Maßnahmen zur Besucherlenkung und zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung auch Maßnahmen zur Einhaltung des empfohlenen Mindestabstands und zur Festlegung der Obergrenze der zeitgleich anwesenden Personen umfassen, um eine Kontaktreduzierung und Einhaltung der Regelungen des Infektionsschutzes während der Durchführung der Angebote zu gewährleisten.

Kontaktbeschränkungen, das Tragen von (mindestens) einer Mund-Nasen-Bedeckung und Abstandsgebote sind weiterhin zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahmen.

Über das jeweilige Hygienekonzept können Besonderheiten der konkreten Angebote in den Regelungszusammenhang integriert und damit die Wirkung der Infektionsschutzmaßnahmen an der konkreten Einrichtung optimiert werden.

#### **Zu Ziffer II.13 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen)**

Die Regelung erklärt für teilstationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, in denen Leistungen der Eingliederungshilfe erbracht werden, die Regelungen für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie für entsprechend anwendbar. Dort werden spezielle Regelungen für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen getroffen, die an die spezifischen Anforderungen dieser Einrichtungen angepasst sind. Teilstationäre Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen wie zum Beispiel Ganztags- oder Ferienbetreuungsangebote sind keine Kindertageseinrichtungen nach dem Gesetz über Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen. Aus dem Blickwinkel des Infektionsschutzes sind es aber vergleichbare Einrichtungen, in denen Kinder oder Jugendliche über einen Teil des Tages gemeinsam betreut und unterstützt werden. Daher sollen für diese Einrichtungen auch die gleichen Hygieneregeln gelten.

#### **Zu Ziffer II.14 (Besondere Hygieneregeln für teilstationäre Einrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch)**

Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch werden verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zur Betreuung von Tagespflegegästen zu erstellen. Die Einrichtungen haben Sorge zu tragen, dass sich die Pflegebedürf-

tigen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben die Einrichtungen einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Diese Notwendigkeit besteht nach dem Infektionsschutzgesetz und wurde als grundlegender Bezug in die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung aufgenommen.

Satz 2 benennt Einzelheiten zur inhaltlichen Ausgestaltung. Der zu erstellende Hygieneplan oder das eigenständige Konzept muss Regelungen insbesondere zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Gäste, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause sowie zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten beinhalten. Es sind verhältnismäßige Regelungen zu erstellen, die das jeweilige Infektionsgeschehen und das Selbstbestimmungsrecht der versorgten Personen berücksichtigen.

Um zu einem angemessenen Verhältnis zwischen dem Schutz der versorgten Personen und deren Persönlichkeits- sowie Freiheitsrechten zu gelangen, liegt es in der Verantwortung sowie fachlichen und sozialen Kompetenz der Einrichtungsleitungen, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und umzusetzen. Hierbei sollten die räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten vor Ort sowie das aktuelle

und regionale Infektionsgeschehen berücksichtigt werden. Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hat den Leitfaden „Hinweise für Tagespflegeeinrichtungen nach SGB XI“ erstellt, der den Tagespflegeeinrichtungen anhand von Leitfragen und Beispielen eine Orientierung bieten kann. Jedoch obliegt die Verantwortung für die Erstellung solcher Regelungen grundsätzlich dem Träger der Einrichtung. Im Zweifel kann die zuständige kommunale Gesundheitsbehörde zur Abstimmung der Schutzvorkehrungen hinzugezogen werden.

#### **Zu Ziffer II.15 (Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung)**

Die Vorschrift dient als Hinweis, dass die Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen auch als Orientierung für Modellprojekte gilt.

#### **Zu Ziffer III**

Mit dem Vorbehalt weiterer Hygieneschutzmaßnahmen kann auf ein dynamisches Infektionsgeschehen mithilfe der Anordnung gegebenenfalls weiterer erforderlicher Maßnahmen flexibel reagiert werden.

#### **Zu Ziffer IV**

Diese Ziffer regelt das In- und Außerkrafttreten.

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

**Allgemeinverfügung  
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes  
Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie  
Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an  
Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und  
Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung  
für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen  
nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes**

**Az.: 15-5012/172/18**

**Vom 10. Mai 2021**

Aufgrund des § 28b Absatz 3 Satz 4, 5 und 9 in Verbindung mit Satz 3 und § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 3 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der durch die Verordnung vom 13. März 2020 (SächsGVBl. S. 82) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende

**Allgemeinverfügung:**

**1. Regelungsgegenstand**

- 1.1 Diese Allgemeinverfügung regelt die Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts für Abschlussklassen und Förderschulen sowie die Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung in Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes bei Überschreiten der maßgeblichen Sieben-Tag-Inzidenz von 165 je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt im Freistaat Sachsen.
- 1.2 Abschlussklassen im Sinne dieser Allgemeinverfügung sind Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge der:
- 1.2.1 Oberschulen,
- 1.2.2 Gymnasien (Jahrgangsstufen 11 und 12),
- 1.2.3 Berufsschulen (einschließlich Abschlussklassen im Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr sowie Vorabschlussklassen, deren Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2020/2021 am ersten Teil einer in zwei zeitlich auseinanderfallenden Teilen durchgeführten Abschlussprüfung teilnehmen),
- 1.2.4 Berufsfachschulen (einschließlich Vorabschlussklassen der Berufsfachschule für anerkannte Ausbildungsberufe),
- 1.2.5 Fachschulen,
- 1.2.6 Fachoberschulen,

- 1.2.7 Berufliche Gymnasien (Jahrgangsstufen 12 und 13),
- 1.2.8 Abendoberschulen,
- 1.2.9 Abendgymnasien (Jahrgangsstufen 11 und 12),
- 1.2.10 Kollegs (Jahrgangsstufen 11 und 12),
- 1.2.11 Grundschulen (Klassenstufe 4) und
- 1.2.12 Lehrerausbildungsstätten für den Vorbereitungsdienst
- 1.3 Abschlussklassen und Förderschulen werden von der Untersagung nach § 28b Absatz 3 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes ausgenommen.
- 1.4 Die Untersagung nach § 28b Absatz 3 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes gilt nicht
- 1.4.1 für Lehrveranstaltungen an Hochschulen und der Berufsakademie Sachsen für Studierende, die vor dem Studienabschluss stehen, sowie
- 1.4.2 für den Einzelunterricht an Kunst-, Musik- sowie Tanzschulen für Personen, die im Jahr 2021 ein entsprechendes Studium aufnehmen wollen, die vor einer Abschlussprüfung stehen oder die im Jahr 2021 an internationalen oder nationalen Wettbewerben teilnehmen werden. § 28 Absatz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung findet auf diese Personen keine Anwendung.
- 1.5 Eine Notbetreuung in den Grund- und Förderschulen (an Förderschulen auch für inklusiv unterrichtete Schülerinnen und Schüler anderer Schularten) sowie in den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen ist unter den folgenden Kriterien einzurichten:
- 1.5.1 für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 4 an Grundschulen und der Primarstufe an Förderschulen während der üblichen Unterrichts- beziehungsweise Hortzeiten;
- 1.5.2 für mehrfach- und schwerstmehrfachbehinderte Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen sowie mehrfach- und schwerstmehrfachbehinderte Kinder in den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen, sofern die Personensorgeberechtigten die Betreuung der Schülerinnen und Schüler oder Kinder nicht leisten können, während der üblichen Unterrichts- und Öffnungszeiten und

- 1.5.3 für Kinder in den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen während der üblichen Öffnungszeiten.
- 1.6 Eine Notbetreuung nach Ziffer 1.5.1 und 1.5.3 soll nur dann stattfinden, wenn
- 1.6.1 beide Personensorgeberechtigten oder der alleinige Personensorgeberechtigte beziehungsweise in Fällen der Umgangsregelung der zur Antragstellung aktuell Personensorgeberechtigte gemäß der **Anlage 1** beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert sind,
- 1.6.2 nur einer der Personensorgeberechtigten gemäß der **Anlage 2** beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert ist sowie eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann,
- 1.6.3 einer der Personensorgeberechtigten nachweist, dass sie oder er als Schülerin oder Schüler in der Präsenzbeschulung, als Auszubildende, Auszubildender, Referendarin, Referendar, Studentin oder Student der Abschlussjahrgänge für unaufschiebbare Prüfungen im Bereich der berufsbezogenen und akademischen Ausbildung oder in der berufspraktischen Aus- oder Weiterbildung in Berufen des Gesundheits- oder Sozialwesens an einer Betreuung des Kindes gehindert ist und eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann,
- 1.6.4 einer der Personensorgeberechtigten nachweist, dass sie oder er als Studentin oder Student einer Hochschule oder der Berufsakademie Sachsen wegen der unmittelbaren Vorbereitung auf eine oder der Ablegung einer zur Abschlussnote zählenden Prüfung an einer Betreuung des Kindes gehindert ist und eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann, oder
- 1.6.5 das Jugendamt aufgrund andernfalls drohender Kindeswohlgefährdung die Notwendigkeit einer Notbetreuung feststellt.
- 1.7 Zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit nach Ziffer 1.6.1 oder 1.6.2 ist das Formblatt gemäß **Anlage 3** zu verwenden. Das ausgefüllte Formblatt ist der Schule oder den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen vorzulegen. Dies gilt entsprechend in Fällen nach Ziffer 1.6.3; in dem Formblatt vorgesehene Unterschriften der Arbeitgeber beziehungsweise nach Ziffer 1.6.3 der Bildungseinrichtung können binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden. Die Schule oder die in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen haben das vorgelegte Formblatt im Original bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 aufzubewahren und danach unverzüglich zu vernichten.
- 2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden, Widerrufsvorbehalt**
- 2.1 Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 10. Mai 2021 bestimmt.**
- 2.2** Diese Allgemeinverfügung wird am 10. Mai 2021 wirksam und mit Ablauf des 30. Juni 2021 unwirksam. Die Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der

Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 23. April 2021, Az.: 15-5012/172/18, wird widerrufen.

- 2.3** Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

### **3. Möglichkeit der Einsichtnahme**

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlicher festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

#### **Anlagen:**

- Übersicht: Berufliche Tätigkeiten für Notbetreuung nach Ziffer 1.6.1. (**Anlage 1**)
- Übersicht: Berufliche Tätigkeiten für Notbetreuung nach Ziffer 1.6.2. (**Anlage 2**)
- Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung (**Anlage 3**)

#### **Begründung**

##### **A. Allgemeiner Teil**

Mit dem durch das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021 (BGBl. I 2021 S. 802) neu eingefügten § 28b des Infektionsschutzgesetzes wurden bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) bei besonderem Infektionsgeschehen eingeführt.

Bei einer Überschreitung des Sieben-Tage-Inzidenzwertes von 165 je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt sieht § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes u.a. vor, dass Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes (Kindertageseinrichtungen und Kinderhorte sowie die nach § 43 Absatz 1 SGB VIII erlaubnispflichtige Kindertagespflege) keine Präsenzbeschulung beziehungsweise -betreuung, auch nicht im Wechselmodell, mehr ermöglichen dürfen.

Für Abschlussklassen (hierzu gehörig auch die Klassenstufe 4 der Grundschulen) und Förderschulen können die nach Landesrecht zuständigen Stellen jedoch eine Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts vorsehen. Ab einem Schwellenwert von 100 darf den Abschlussklassen und den Förderschulen nur der Präsenzunterricht im Wechselmodell ermöglicht werden. Hiervon können die Länder nicht abweichen.

Zusätzlich wird den nach Landesrecht zuständigen Stellen die Möglichkeit eingeräumt, eine Notbetreuung einzurichten.

Mit dieser Allgemeinverfügung, die aufgrund der Eilbedürftigkeit durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erlassen war, wird für den Freistaat Sachsen von den genannten Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Soweit durch den § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes die den Betrieb der Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen regelnden Bestimmungen der jeweils geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht verdrängt werden, gelten diese fort. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtung zur Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen, wie das Tragen von Mund-Nasen-Schutz und die Einhaltung des Mindestabstands.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu 1.:**

#### **Zu 1.1:**

Beschrieben wird der unter A. Allgemeiner Teil näher erläuterte Regelungsgehalt der Allgemeinverfügung.

#### **Zu 1.2:**

Die Ziffer 1.2 enthält eine Legaldefinition des Begriffes Abschlussklassen. Sie entspricht, ergänzt um die Klassenstufe 4 der Grundschulen und die Studienreferendare im Vorbereitungsdienst an den Lehrerbildungsstätten, der Aufzählung in § 5a Absatz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 29. März 2021 (SächsGVBl. S. 334), die zuletzt durch die Verordnung vom 16. April 2021 (SächsGVBl. S. 450) geändert worden ist. Prüfungen, insbesondere Abschlussprüfungen, sind kein Unterricht und bleiben daher von der Untersagung nach § 28b Absatz 3 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes unberührt.

#### **Zu 1.3:**

Mit dieser Bestimmung wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Abschlussklassen sowie den Förderschulen trotz Überschreitens des maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenzwertes eine Präsenzbeschulung im Wechselmodell zu eröffnen.

Für die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen und -jahrgänge sowie den Absolventen des Vorbereitungsdienstes in den Lehrämtern ist ein vollwertiger Abschluss abzusichern, der auch dem Vergleich mit den entsprechenden Abschlüssen anderer (Bundes-)Länder standhält. Ihnen kommt daher ein Vorrang zu. Da an Gymnasien, Beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs auch Leistungen und Benotungen aus der vorletzten Jahrgangsstufe in die Gesamtqualifikation einfließen, erstreckt sich der Vorrang auch auf diese Jahrgangsstufen. Der Minimierung von Infektionsrisiken dienen unter anderem die durch das Wechselmodell mögliche Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen allen Anwesenden.

Für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird mit der Regelung ein möglichst kontinuierliches Bildungsangebot eröffnet. Viele Studien belegen, dass gerade diese Schülerinnen und Schüler auf eine regelmäßige Unterrichtung in Präsenz angewiesen sind.

### **Zu 1.4:**

In Nummer 1.4.1. wird der Präsenzunterricht für Studierende in den Abschlussemestern an Hochschulen und Berufsakademien ermöglicht. Mit der Regelung in Nummer 1.4.2. soll angehenden Studenten an Kunst-, Tanz- und Musikhochschulen sowie Teilnehmern an internationalen Wettbewerben die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Einzelunterricht darauf vorbereiten zu können.

### **Zu 1.5:**

Die Vorschrift regelt, für welche Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne von § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes in welchem Zeitraum eine Notbetreuung erlaubt ist.

### **Zu 1.6:**

Die Vorschrift regelt, für die Kinder welcher Personengruppen eine Notbetreuung ermöglicht werden soll. Inhaltlich entspricht die Regelung weitestgehend den Bestimmungen der Notbetreuung, die auch durch die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung bei verschärfenden Maßnahmen der jeweils aktuellen regionalen Infektionslage durch die zuständigen kommunalen Behörden mindestens zulässig sein soll, vergleiche § 8d Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 29. März 2021.

### **Zu 1.7:**

Auch bezüglich der Nachweisführung wird an die genannten Bestimmungen angeknüpft. Soweit in den Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne von § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes bereits frühere Bescheinigungen über die Berechtigung auf Notbetreuung vorhanden sind, können diese zur Nachweisführung herangezogen werden.

### **Zu 2:**

#### **Zu 2.1:**

Die Regelung legt den Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung auf den nächst zulässigen Termin fest, damit die unter Ziffer 1. angeordneten Maßnahmen ihre Wirkung schnellstmöglich entfalten können. Zugleich ist die Allgemeinverfügung vom 23. April 2021 aufzuheben.

#### **Zu 2.2:**

Diese Regelung legt den Geltungszeitraum der Allgemeinverfügung fest. Sie orientiert sich dabei an dem auch für § 28b des Infektionsschutzgesetzes vorgesehenen Befristungszeitraum.

#### **Zu 2.3:**

Der Widerrufsvorbehalt stellt klar, dass eine jederzeit mögliche Änderung der gegenwärtigen Infektionssituation eine – stets am allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientierte – Anpassung der Allgemeinverfügung, trotz ihrer kurzen Geltungsdauer, nach sich ziehen kann. Wie die vergangenen Monate erwiesen haben, entwickelt sich die Infektionslage häufig dynamisch und bringt auch Anpassungen von Rechtsgrundlagen mit sich. Um mit dieser Dynamik im Interesse eines optimalen Infektionsschutzes Schritt halten zu können, bedarf es der Flexibilität in der Handhabung des rechtlichen Instrumentariums.

**Zu 3:**

Die Regelung bestimmt, wo und wann Einsicht in die Originaltexte dieser Allgemeinverfügung genommen werden kann.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreis-

freien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;

- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Dresden, den 10. Mai 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

**Anlage 1**

Notbetreuung, wenn **beide Personensorgeberechtigten** oder der alleinige Personensorgeberechtigte bzw. in Fällen der Umgangsregelung der zur Antragstellung aktuell Personensorgeberechtigte wie folgt beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert sind

**Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

- Sächsischer Landtag
- Polizei
- Justizvollzug
- Gerichte und Staatsanwaltschaften
- Notarinnen und Notare, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Rechtliche Betreuerinnen und Betreuer im Sinne von § 1896 BGB zur Wahrnehmung von unaufschiebbaren Terminen
- behördlich eingerichtete Krisenstäbe
- Berufsfeuerwehr
- freiwillige Feuerwehr, sofern Tagesbereitschaft besteht
- Bergsicherungsbetriebe und Grubenwehren
- Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen
- Opfer- und Gewaltschutzeinrichtungen
- betriebsnotwendiges eigenes und beauftragtes Personal in Einrichtungen und Behörden des Freistaates Sachsen, des Bundes, der Bundeswehr, der sächsischen Kommunen und ihrer Verbände sowie der Bundesagentur für Arbeit

**Sicherstellung der öffentlichen Infrastruktur und Versorgungssicherheit  
(nur zwingend für den Betrieb benötigtes Personal)**

- Telekommunikation, sicherheitsrelevante IT-Infrastruktur, Postdienstleistungen
- Energieversorgung einschließlich Tankstellen und Mineralölunternehmen (Netzsicherstellung)
- Wasserversorgung
- Entsorgung (Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft)
- Öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr, Energieversorgungsunternehmen, jeweils einschließlich zugehöriger Infrastrukturunternehmen
- Binnenschifffahrt
- Luftverkehr
- Rundfunk, Fernsehen, Presse einschließlich Herstellung von Pressedrukkerzeugnissen
- Personal in Banken (einschließlich SAB) und Sparkassen, die mit der Bewältigung der Corona-Pandemie befasst sind
- Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, die für die Bearbeitung von Entschädigungsanträgen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erforderlich sind
- Personal der gesetzlichen Krankenkassen sowie der Dienstleister für Abrechnung und Forderungseinzug der Leistungserbringer im Gesundheitswesen, sofern sie im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erforderlich sind

**Ernährung und Waren des täglichen Bedarfs**

- Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft
- Lebensmittelhandel und -großhandel
- Transport und Logistik zur Sicherstellung des täglichen Bedarfs

**Gesundheitsversorgung und Pflege**

- Krankenhäuser und medizinische Fakultäten
- Rettungsdienst
- Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Tierarztpraxen, Praxen von Gesundheitsfachberufen
- Psychotherapiepraxen, Psychosoziale Notfallversorgung
- Apotheken, Labore, Sanitätshäuser, Drogerien
- Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln und Medizinprodukten
- stationäre Einrichtungen für Pflege, medizinische Rehabilitation, Eingliederungs- und Sozialhilfe
- ambulante Pflegedienste und Dienste der Eingliederungs- und Sozialhilfe sowie der medizinischen Rehabilitation
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in Krankenhäusern und medizinischen Fakultäten

**Bildung und Erziehung (nur zwingend benötigtes Personal)**

- Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung einschließlich heilpädagogische Kindertageseinrichtungen
- stationäre, teilstationäre und ambulante Hilfen der Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in den genannten Einrichtungen der Bildung und Erziehung



**Anlage 2**

Notbetreuung, wenn **nur einer der Personensorgeberechtigten** wie folgt beruflich tätig, und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert ist sowie eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann

**Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

- Polizei
- Justizvollzug
- behördlich eingerichtete Krisenstäbe
- Berufsfeuerwehr
- Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen
- betriebsnotwendiges Personal in Einrichtungen und Behörden des Freistaates Sachsen, des Bundes, der Bundeswehr, der sächsischen Kommunen und ihrer Verbände sowie der Bundesagentur für Arbeit sofern ein Personensorgeberechtigter mit Aufgaben der Bekämpfung der Corona-Pandemie betraut ist
- Personal der obersten Landesgesundheitsbehörde (einschließlich der Landesuntersuchungsanstalt), das unmittelbar mit der Bewältigung der Corona-Pandemie befasst ist
- Personal, das mit der Umsetzung der Test- und Impfstrategie im Freistaat Sachsen befasst ist
- notwendiges Personal zum Betrieb der Flughäfen der MFAG im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie

**Gesundheitsversorgung und Pflege**

- Krankenhäuser und medizinische Fakultäten
- Rettungsdienst
- Arztpraxen und Zahnarztpraxen
- Psychotherapiepraxen und Psychosoziale Notfallversorgung
- Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
- Apotheken
- Labore
- Sanitätshäuser
- Drogerien
- Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln und Medizinprodukten
- stationäre Einrichtungen für Pflege, medizinische Rehabilitation, Eingliederungshilfe
- ambulante Pflegedienste
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in Krankenhäusern und medizinischen Fakultäten sowie stationären Einrichtungen für Pflege, medizinische Rehabilitation, Eingliederungshilfe
- Bestattungswesen

**Bildung und Erziehung**

- Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung einschließlich heilpädagogische Kindertageseinrichtungen
- stationäre, teilstationäre und ambulante Hilfen der Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in den genannten Einrichtungen der Bildung und Erziehung

### Anlage 3

## Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung

### **A. Nachweis für die berufliche Tätigkeit nach Ziffer 1.6.1.**

Notbetreuung wird nur in einem sehr restriktiven Rahmen gewährt, damit durch die Schließung von Einrichtungen die Entstehung von Infektionsketten vermieden bzw. verzögert wird. Wenn die Voraussetzungen nach **Ziffer 1.6.1.** der Allgemeinverfügung „Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 Infektionsschutzgesetz“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 7. Mai 2021, Az.: 15-5012/172/18, sowie der zugehörigen **Anlage 1** hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit der Personensorgeberechtigten nicht erfüllt sind, wird das Kind grundsätzlich nicht aufgenommen.

**Die nachfolgenden Angaben müssen wahrheitsgemäß und vollständig sein.**

**Name, Geburtsdatum, Anschrift betreutes Kind:**

Es wird bestätigt, dass beide Personensorgeberechtigten oder der alleinige Personensorgeberechtigte bzw. in Fällen der Umgangsregelung der zur Antragstellung aktuell Personensorgeberechtigte gemäß der **Anlage 1** der o. g. Allgemeinverfügung beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert sind:

<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):          Personensorgeberechtigter A</b>	<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):          Personensorgeberechtigter B</b>
Ort, Datum, Unterschrift	Ort, Datum Unterschrift
<b>Arbeitgeber Personensorgeberechtigter A</b> Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer für Rückfragen	<b>Arbeitgeber Personensorgeberechtigter B</b> Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer für Rückfragen
Ort, Datum, Unterschrift <sup>1</sup>	Ort, Datum, Unterschrift <sup>2</sup>
<b>Im Falle der alleinigen Personensorgeberechtigung bzw. aktuellen Umgangsrechts: Ich bestätige, das alleinige Personensorgerecht bzw. das aktuelle Umgangsrecht zu haben.</b>	
Ort, Datum, Unterschrift Personensorgeberechtigter	

<sup>1</sup> Die Unterschrift des Arbeitgebers kann binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden.

<sup>2</sup> Die Unterschrift des Arbeitgebers kann binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden.

### Anlage 3

## Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung

### **B. Nachweis für die berufliche Tätigkeit nach Ziffer 1.6.2.**

Notbetreuung wird nur in einem sehr restriktiven Rahmen gewährt, damit durch die Schließung von Einrichtungen die Entstehung von Infektionsketten vermieden bzw. verzögert wird. Wenn die Voraussetzungen **Ziffer 1.6.2.** der Allgemeinverfügung „Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbesuchung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 Infektionsschutzgesetz“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 7. Mai 2021, Az.: 15-5012/172/18, sowie der zugehörigen **Anlage 2** hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit der Personensorgeberechtigten nicht erfüllt sind, wird das Kind grundsätzlich nicht aufgenommen.

**Die nachfolgenden Angaben müssen wahrheitsgemäß und vollständig sein.**

**Name, Geburtsdatum, Anschrift betreutes Kind:**

Es wird bestätigt, dass einer der beiden Personensorgeberechtigten gemäß der **Anlage 2** der o. g. Allgemeinverfügung beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert ist sowie eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann:

<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):</b> <b>Personensorgeberechtigter A</b>	<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):</b> <b>Personensorgeberechtigter B</b>
Ort, Datum, Unterschrift	Ort, Datum Unterschrift
<b>Arbeitgeber Personensorgeberechtigter A</b> Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer für Rückfragen	
Ort, Datum, Unterschrift <sup>3</sup>	

<sup>3</sup> Die Unterschrift des Arbeitgebers kann binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden.

## Anlage 3

**Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung****Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung**

Hiermit willige ich/willigen wir ein, dass die

---

(Angabe Name Gemeinschaftseinrichtung/Schule)

die oben genannten personenbezogenen Daten zum Zweck der Prüfung der Notbetreuung meines Kindes verarbeiten darf. Die Daten werden bis zum Ende der Notbetreuung gespeichert und nach Ablauf des 30. Juni 2021 gelöscht oder vernichtet. Die Einwilligung ist freiwillig und jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufbar.

**Ohne Einwilligung kann eine Notbetreuung nicht stattfinden.**

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung ist die betreuende Einrichtung. Diese erfüllt die Betroffenenrechte gemäß Art. 13 Abs. 2 DSGVO (Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung).

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung ist die betreuende Einrichtung. Diese erfüllt die Betroffenenrechte gemäß Artikel 13 Absatz 2 DSGVO (Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung). Das Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO) und auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO) können dem Verantwortlichen gegenüber geltend gemacht werden. Beschwerden hinsichtlich der Datenverarbeitung können beim Verantwortlichen, dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen oder dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten eingelegt werden.

Die Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten der betreuenden Einrichtung können bei der betreuenden Einrichtung erfragt werden.

Ort, Datum,  
Unterschrift Personensorgeberechtigter A

Ort, Datum,  
Unterschrift Personensorgeberechtigter B

# Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

## Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbesuchung für Abschlussklassen

**Az.: 15-5012/172/18**

**Vom 10. Mai 2021**

Aufgrund des § 28b Absatz 3 Satz 4 in Verbindung mit Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 3 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der durch die Verordnung vom 13. März 2020 (SächsGVBl. S. 82) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende

### Allgemeinverfügung:

#### 1. Regelungsgegenstand

- 1.1 Diese Allgemeinverfügung regelt die Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts für Abschlussklassen bei Überschreiten der maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenz von 165 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt im Freistaat Sachsen.
- 1.2 Abschlussklassen im Sinne dieser Allgemeinverfügung sind Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge der:
  - 1.2.1 Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum,
  - 1.2.2 Hochschule der Sächsischen Polizei (FH),
  - 1.2.3 Polizeifachschulen,
  - 1.2.4 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen,
  - 1.2.5 Ausbildungszentrum Bobritzsch,
  - 1.2.6 Ausbildungsstätten für den Vorbereitungsdienst der Rechtsreferendare, soweit deren schriftliche Prüfung in den Jahren 2021 oder 2022 vorgesehen ist, und den Begleitunterricht der Justizsekretärsanwärter und -anwärterinnen sowie der Rechtspflegeranwärter und -anwärterinnen,
  - 1.2.7 Fachschulen für Landwirtschaft Döbeln, Großenhain, Löbau, Plauen, Zwickau, Fachschule für Agrartechnik Dresden-Pillnitz, Fachschule für Gartenbau Dresden-Pillnitz und des Fachschulzentrums Freiberg-Zug.

#### 2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden, Widerrufsvorbehalt

- 2.1 Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 10. Mai 2021 bestimmt.
- 2.2 Diese Allgemeinverfügung wird am 10. Mai 2021 wirksam und mit Ablauf des 30. Juni 2021 unwirksam. Die Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbesuchung für Abschlussklassen vom 23. April 2021, Az.: 15-5012/172/18 wird widerrufen.
- 2.3 Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

#### 3. Möglichkeit der Einsichtnahme

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlicher festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

### Begründung

#### A. Allgemeiner Teil

Mit dem durch das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021 (BGBl. I 2021 S. 802) neu eingefügten § 28b des Infektionsschutzgesetzes wurden bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) bei besonderem Infektionsgeschehen eingeführt.

Bei einer Überschreitung des Sieben-Tage-Inzidenzwertes von 165 je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien

Stadt sieht § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes unter anderem vor, dass Schulen und Hochschulen keine Präsenzbeschulung, auch nicht im Wechselmodell, mehr ermöglichen dürfen.

Für Abschlussklassen können die nach Landesrecht zuständigen Stellen jedoch eine Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts vorsehen. Ab einem Schwellenwert von 100 Neuinfektionen je 100 000 Einwohnern darf den Abschlussklassen nur der Präsenzunterricht im Wechselmodell ermöglicht werden. Hiervon können die Länder nicht abweichen.

Mit dieser Allgemeinverfügung werden gemäß § 28b Absatz 3 Satz 4 des Infektionsschutzgesetzes Ausnahmen für die Lehranstalten und Ausbildungsstätten in staatlicher Trägerschaft geschaffen, die für den öffentlichen Dienst ausbilden und insbesondere auf das Ablegen einer Laufbahnprüfung vorbereiten. Um den weiteren Ausbildungsgang und den Lernerfolg nicht zu gefährden, ist es erforderlich, den Unterricht in den Abschlussklassen zu ermöglichen.

Durch diese Allgemeinverfügung, die aufgrund der Eilbedürftigkeit durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erlassen war, wird für den Freistaat Sachsen von den genannten Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Soweit durch den § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes die den Betrieb der Schulen und Hochschulen regelnden Bestimmungen der jeweils geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht verdrängt werden, gelten diese fort. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtung zur Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen, wie das Tragen von Mund-Nasen-Schutz und die Einhaltung des Mindestabstands.

Dresden, den 10. Mai 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

## B. Besonderer Teil

Die Vorschrift benennt die Lehranstalten und Ausbildungsstätten, in denen der Präsenzunterricht in den Abschlussklassen ermöglicht wird.

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;
- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

# **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts nur in Form von Wechselunterricht sowie von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes**

**Az.: 15-5012/172/19**

**Vom 10. Mai 2021**

Aufgrund des § 28b Absatz 3 Satz 4 in Verbindung mit § 3 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 3 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der durch die Verordnung vom 13. März 2020 (SächsGVBl. S. 82) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende

### **Allgemeinverfügung:**

#### **1. Regelungsgegenstand**

1.1 Diese Allgemeinverfügung regelt die Ausnahme von der Verpflichtung des Präsenzunterrichts in Form von Wechselunterricht für praktische Ausbildungsanteile an Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes bei Überschreiten der maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenz von 100 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt im Freistaat Sachsen.

1.2 Diese Allgemeinverfügung regelt darüber hinaus die Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts für praktische Ausbildungsanteile von Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes bei Überschreiten der maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenz von 165 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt im Freistaat Sachsen.

1.3 Praktische Ausbildungsanteile an Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes im Sinne dieser Allgemeinverfügung sind Maßnahmen:

- der beruflichen Ausbildung und Umschulung nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung zur Sicherstellung der Berufsausbildung im Rahmen laufender Ausbildungsverträge (überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen oder Verbundausbildung) oder

- der beruflichen Fort- und Weiterbildung mit anerkanntem Abschluss und Sach- und Fachkundeprüfungen aufgrund staatlicher Anforderungen für die Berufsausübung.

Diese Maßnahmen sind unaufschiebbar und können nur in besonders ausgestatteten Räumlichkeiten oder Lernumgebungen mit Praxisbezug wie überbetrieblichen Berufsbildungszentren oder Lehrwerkstätten durchgeführt werden.

1.4 An den in Nummer 1.3. genannten Maßnahmen dürfen nur Personen teilnehmen, die zweimal in der Woche mittels eines vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zugelassenen Tests auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 getestet werden.

1.5 Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen (Zwischen- und Abschlussprüfungen) sind kein Unterricht im Sinne der Vorschrift unter § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes und bleiben daher unberührt.

#### **2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden, Widerrufsvorbehalt**

2.1 Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 10. Mai 2021 bestimmt.

2.2 Diese Allgemeinverfügung wird am 10. Mai 2021 wirksam und mit Ablauf des 30. Juni 2021 unwirksam.

2.3 Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

#### **3. Möglichkeit der Einsichtnahme**

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlicher festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

Mit dem durch das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021 (BGBl. I 2021 S. 802) neu eingefügten § 28b des Infektionsschutzgesetzes wurden bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) bei besonderem Infektionsgeschehen eingeführt.

Zu diesen bundeseinheitlich geltenden Schutzmaßnahmen zählen unter anderem die verpflichtende Einführung des Wechselunterrichts ab Erreichen einer Sieben-Tages-Inzidenz von 100 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohnern in dem jeweiligen Landkreis oder Kreisfreien Stadt sowie die Untersagung des Präsenzunterrichts ab Erreichen einer Inzidenz von 165. Davon betroffen sind alle allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Hochschulen, außerschulische Einrichtungen der Erwachsenenbildung und ähnliche Einrichtungen (§ 28b Absatz 3 Satz 2 und 3 des Infektionsschutzgesetzes). Ausnahmen sind nur für Abschlussklassen und Förderschulen vorgesehen (§ 28b Absatz 3 Satz 4 des Infektionsschutzgesetzes). Von dieser Ermächtigung wurde durch die beiden Allgemeinverfügungen des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 23. April 2021 für die Schulen und die Ausbildungsstätten der Ressorts Gebrauch gemacht. Davon ausgenommen blieb weitgehend der Bereich der beruflichen Bildung.

Die Allgemeinverfügung wurde auch im Hinblick auf das Zweite Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes erlassen, dass Konkretisierungen und Änderungen der Regeln im Infektionsschutzgesetz unter anderem für den Bereich Berufsbildung vorsieht und rückwirkend in Kraft treten soll, soweit der Unterricht im Bereich der beruflichen Bildung ermöglicht werden soll.

Dieser wird den Ländern nach § 28b Absatz 3 Satz 5 Nummer 1 und 2 IfSG-Entwurf gestatten, weitere Ausnahmen von der Verpflichtung eines Präsenzunterrichts in Form von Wechselunterricht sowie vom Verbot der Präsenzbeschulung, zuzulassen, wenn die Teilnehmer zweimal die Woche getestet werden.

Von der Beschränkung, Präsenzunterricht nur in Form von Wechselunterricht durchzuführen, können folgende Klassen und Einrichtungen befreit werden (§ 28b Absatz 3 Satz 5 Nummer 1 IfSG-Entwurf):

- Abschlussklassen, Förderschulen und praktische Ausbildungsanteile an berufsbildenden Schulen sowie Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes, die nur in besonders ausgestatteten Räumlichkeiten oder Lernumgebungen mit Praxisbezug, wie zum Beispiel in Laboren und Krankenhäusern, durchgeführt werden können.

Im Fall der Untersagung des Präsenzunterrichts ab einer Inzidenz von 165 kann für folgende Klassen und Einrichtungen eine Ausnahmemöglichkeit geschaffen werden (§ 28b Absatz 3 Satz 5 Nummer 2 IfSG-Entwurf):

- Abschlussklassen, Förderschulen und praktische Ausbildungsanteile an Hochschulen, praktischen Unterricht an berufsbildenden Schulen sowie Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes, an außerschulischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und ähnlichen Einrichtungen, die nur in besonders ausgestatteten Räumlichkeiten oder Lernumgebungen mit Praxisbezug, wie zum Beispiel

in Laboren oder Krankenhäusern, durchgeführt werden können.

Mit dieser Allgemeinverfügung, die aufgrund der Eilbedürftigkeit durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erlassen war, wird für den Freistaat Sachsen von den genannten Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

### B. Besonderer Teil

In der Vorschrift werden für die Durchführung praktischer Ausbildungsanteile Ausnahmen von der Untersagung des Präsenzunterrichts nur in Form von Wechselunterricht sowie von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Berufsbildungseinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes getroffen.

Betriebliche Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung ist vertraglich geregelt und findet auch in Pandemiezeiten weiterhin statt. Beide Rechtsgrundlagen sehen vor, dass Teile der berufspraktischen Ausbildung in geeigneten Ausbildungseinrichtungen außerhalb des Betriebs durchgeführt werden (zum Beispiel Lehrwerkstätten), soweit die Ausbildung es erfordert.

Berufspraktische Ausbildungsinhalte lassen sich nur selten digital durchführen und müssen in Präsenz durchgeführt werden. In der dualen Berufsausbildung spielen dabei die praktischen außer- und überbetrieblichen Lernorte eine zentrale Rolle. Um die berufliche Ausbildung und den Lernerfolg von dual Auszubildenden nicht zu gefährden, ist die Vermittlung und Durchführung von berufspraktischen Ausbildungsteilen wie überbetriebliche und Verbundausbildungsmaßnahmen, die im Ausbildungsrahmenplan integriert sind, zwingend erforderlich.

Bei Beruflichen Fort- und Weiterbildungen mit anerkanntem Abschluss und für Sach- und Fachkundeprüfungen aufgrund staatlicher Anforderungen für die Berufsausübung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von qualifizierten Beschäftigten und zur Absicherung der Wirtschaft. Oftmals kann ohne die erfolgreiche Prüfung keine Beschäftigung erfolgen beziehungsweise das Gewerbe nicht ausgeübt werden. Die berufspraktischen Fortbildungen können sich in diesem Zusammenhang als unaufschiebbar erweisen, wenn zum Beispiel Existenzen, Arbeitsplatzverlust oder beruflicher Aufstieg davon abhängen.

Ziel ist es, dass unbedingt erforderliche praktische Präsenzformate in der Berufsbildung durchgeführt werden können.

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;
- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien



Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;

- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien

Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Dresden, den 10. Mai 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

**Zweite Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
zur öffentlichen Empfehlung einer Impfung  
gegen die COVID-19-Krankheit**

**Vom 10. Mai 2021**

Die mit Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur öffentlichen Empfehlung einer Impfung gegen die COVID-19-Krankheit vom 8. Februar 2021 (SächsABl. S. 162) ausgesprochene Impfeempfehlung wird mit Wirkung vom 1. April 2021 wie folgt erweitert:

Auf Grund von § 20 Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, empfiehlt das Sächsische

Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als oberste Landesgesundheitsbehörde des Freistaates Sachsen öffentlich ab dem 1. April 2021 eine Impfung gegen die COVID-19-Krankheit mit Impfstoffen, für die nach positiver Bewertung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur die Kommission gemäß der Verordnung (EG) 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur eine bedingte Zulassung erteilt hat.

Dresden, den 10. Mai 2021

Dr. Stephan Koch  
Abteilungsleiter  
Veterinärwesen und Verbraucherschutz

# **Landesdirektion Sachsen**

## **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der WIFA-Stiftung**

**Gz.: 20-2245/653/1**

**Vom 11. Mai 2021**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 10. Mai 2021 ist die von Herrn Wieland Neumann mit Stiftungsgeschäft vom 2. April 2021 errichtete „WIFA-Stiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Neusalza-Spremberg entstanden.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, nämlich

- Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- Förderung von Kunst und Kultur,

- Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege,
- Förderung des Sports.

Die Stiftung verfolgt und fördert darüber hinaus mildtätige Zwecke.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 11. Mai 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

**Andere Behörden und Körperschaften**  
**Bekanntmachung**  
**des Landratsamtes Erzgebirgskreis**  
**über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung**  
**zur Bildung eines Grundschulbezirkes zwischen der Gemeinde**  
**Gornsdorf und der Gemeinde Hormersdorf/ Erz.**

**Vom 10. Mai 2021**

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 30. April 2021 (AZ. 093.18/21-030.mo-23/71-01 ASchZV) auf der Grundlage von § 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Bildung eines Grundschulbezirkes zwischen der Gemeinde Gornsdorf und der Stadt Zwönitz als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Hormersdorf/Erz. vom 14. Juni 2005 wird auf der Grundlage der Aufhebungsvereinbarung vom 18. März 2021 im Einvernehmen mit dem Landesamt für Schule und Bildung rechtsaufsichtlich genehmigt.

2. Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Aufhebungsvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt zum Schuljahresende des Schuljahres 2020/2021 mit Ablauf des 31. Juli 2021, außer Kraft.

3. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Der Genehmigungsbescheid ist bestandskräftig und wird mit der Aufhebungsvereinbarung gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes zusätzlich auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter [www.erzgebirgskreis.de](http://www.erzgebirgskreis.de) (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes) veröffentlicht.

Annaberg-Buchholz, den 10. Mai 2021

Landratsamt Erzgebirgskreis  
Vogel  
Landrat

**Vereinbarung  
über die Aufhebung der Zweckvereinbarung  
zur Bildung eines Schulbezirkes zwischen der  
Gemeinde Hormersdorf/Erz. und der Gemeinde Gornsdorf  
vom 14.06.2005 (bekannt gemacht im Sächsischen  
Amtsblatt Nr. 45 vom 10. November 2005)**

Zwischen der Gemeinde Gornsdorf,  
vertreten durch die Bürgermeisterin Andrea Arnold

Hormersdorf/Erz. und der Gemeinde Gornsdorf vom  
14.06.2005.

und der Stadt Zwönitz als Rechtsnachfolgerin der Ge-  
meinde Hormersdorf/Erz.  
vertreten durch den Bürgermeister Wolfgang Triebert

2. Die Aufhebung wird wirksam zum Ende des Schuljahres  
2020/2D21 (31.07.2021)

wird einvernehmlich folgende Vereinbarung geschlossen:

3. Eine Auseinandersetzung ist nicht erforderlich. Finanzi-  
elle Bindungen sind nicht entstanden.

1. Die Gemeinde Gornsdorf und die Stadt Zwönitz ver-  
einbaren die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur  
Bildung eines Schulbezirkes zwischen der Gemeinde

4. Gemäß § 72 Abs. 3 des Sächsischen Gesetzes über  
kommunale Zusammenarbeit bedarf die Aufhebung der  
Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der an-  
schließenden öffentlichen Bekanntmachung.

Gornsdorf, den 15.03.2021

gez.  
Arnold  
Bürgermeisterin  
Gemeinde Gornsdorf

Zwönitz, der 18.03.2021

gez.  
Triebert  
Bürgermeister  
Stadt Zwönitz

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Erzgebirgskreis  
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung der Gemeinde  
Gornsdorf und der Gemeinde Burkhardtsdorf über die  
Gestattung der Mitbenutzung der Grundschule Gornsdorf**

**Vom 10. Mai 2021**

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 30. April 2021 (Az. 093.18/21-030.mo-23/12-02 GSchZV) auf der Grundlage von § 71 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Zweckvereinbarung der Gemeinde Gornsdorf und der Gemeinde Burkhardtsdorf vom 28. April 2021 über die Gestattung der Mitbenutzung der Grundschule Gornsdorf für Schüler aus dem Ortsteil Meinersdorf der Gemeinde Burkhardtsdorf wird im Einvernehmen mit dem Landesamt für Schule und Bildung rechtsaufsichtlich genehmigt.

2. Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

3. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Der Genehmigungsbescheid ist bestandskräftig und wird mit der Zweckvereinbarung gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes zusätzlich auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter [www.erzgebirgskreis.de](http://www.erzgebirgskreis.de) (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes) veröffentlicht.

Annaberg-Buchholz, den 10. Mai 2021

Landratsamt Erzgebirgskreis  
Vogel  
Landrat

## **Zweckvereinbarung der Gemeinde Gornsdorf und der Gemeinde Burkhardtsdorf über die Gestattung der Mitbenutzung der Grundschule Gornsdorf für Schüler aus dem Ortsteil Meinersdorf der Gemeinde Burkhardtsdorf**

Die Gemeinde Gornsdorf und die Gemeinde Burkhardtsdorf wollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Schulträger im Rahmen des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) zusammenwirken. Ziel ist die Gewährleistung einer leistungsfähigen Schulstruktur.

Dazu wird

zwischen der Gemeinde Gornsdorf  
vertreten durch die Bürgermeisterin Andrea Arnold

und der Gemeinde Burkhardtsdorf  
vertreten durch den Bürgermeister Jörg Spiller

auf der Grundlage von § 22 Abs. 4 und § 25 Abs. 2 und 3 des Sächsischen Schulgesetzes (SächsSchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 731) in Verbindung mit §§ 71 Abs. 1 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) folgende Zweckvereinbarung geschlossen:

### **§ 1**

#### **Gestattung der Mitbenutzung**

(1) Die Gemeinde Gornsdorf gestattet den Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils Meinersdorf der Gemeinde Burkhardtsdorf die Mitbenutzung der Grundschule in Gornsdorf ab dem Schuljahr 2021/2022 und übernimmt hiermit die Aufgabe der Beschulungspflicht für diesen Ortsteil von der Gemeinde Burkhardtsdorf.

(2) Der Grundschulbezirk der Grundschule Gornsdorf erweitert sich ab dem Schuljahr 2021/2022 um das Gebiet des Ortsteils Meinersdorf der Gemeinde Burkhardtsdorf. Gleichzeitig verkleinert sich der Grundschulbezirk der Grundschule Burkhardtsdorf um das Gebiet des Ortsteils Meinersdorf.

(3) Auf die Bestandsklassen in gegenständlichen Einrichtungen hat diese Regelung keine Auswirkungen.

### **§ 2**

#### **Deckung des Finanzbedarfs**

(1) Die sächlichen Kosten sowie die anfallenden Investitionskosten trägt jeder Vereinbarungspartner für die in seiner Trägerschaft befindliche Schule. Die im Rahmen des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Finanzausgleichsgesetz – SächsFAG) für die Schüler der Schulen ausbezahlten Schlüsselzuweisungen (Schülernebenansatz) stehen jedem Vereinbarungspartner für die in seiner Trägerschaft befindlichen Schule zu.

(2) Für die Hortbetreuung gelten die Regelungen des Sächsischen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertagesstätten (Gesetz über Kindertageseinrichtungen – SächsKitaG). Gemäß § 17 Abs. 3 SächsKitaG hat die Wohnortgemeinde der aufnehmenden Gemeinde anteilig die landesdurchschnittlichen, nicht durch Landeszuschuss und Elternbeitrag abgedeckten Personal- und Sachkosten im Sinne von § 14 Absatz 1 abzüglich der Kosten gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 SächsKitaG zu erstatten (Gemeindeanteil).

(3) Die Abrechnung und Geltendmachung nach Absatz 2 erfolgt bis zum 30.04. des Folgejahres.

### **§ 3**

#### **Rechte und Pflichten**

(1) Die Gemeinden haben sich frühzeitig über auftretende Veränderungen in der Schulstruktur und bei wesentlichen Entscheidungen die Schulorganisation betreffend zu informieren.

(2) Die Gemeinden erlassen eine gesonderte Satzung zur Schulbezirksbildung.

### **§ 4**

#### **Dauer der Zweckvereinbarung und Kündigung**

(1) Die Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls und gemäß § 60 VwVfG nach Beschluss der Gemeinderäte zum bis zum 31.01. des laufenden Schuljahres zum Ende des Schuljahres gekündigt werden. Die Änderung oder Aufhebung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und des Einvernehmens der Schulaufsichtsbehörde.

(3) Wird die Zweckvereinbarung vollständig aufgehoben, so haben die Beteiligten eine Auseinandersetzung zu vereinbaren.

(4) Für den Fall einer Kündigung werden die nach § 1 in der Grundschule Gornsdorf aufgenommenen Schüler des Ortsteils Meinersdorf bis zum Ende ihrer Grundschulzeit in der Grundschule Gornsdorf beschult.

### **§ 5**

#### **Inkrafttreten**

Die Zweckvereinbarung bedarf der Erteilung des Einvernehmens der Schulaufsichtsbehörde und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntgabe der Genehmigung und der Vereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

§ 6  
**Schlussbestimmungen**

die Vertragspartner so zu regeln, dass sie dem eigentlichen Willen der Vertragspartner am nächsten kommen bzw. die Rechtsgültigkeit hergestellt wird.

Im Falle einer nachträglichen Unwirksamkeit von einzelnen Bestandteilen dieser Vereinbarung sind diese durch

Gornsdorf, den 28. April 2021

gez.  
Andrea Arnold DS  
Bürgermeisterin  
Gemeinde Gornsdorf

Burkhardtsdorf, den 28. April 2021

gez.  
Jörg Spiller DS  
Bürgermeister  
Gemeinde Burkhardtsdorf



**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Landkreis Leipzig  
der Genehmigung der Zweckvereinbarung über die  
Wahrnehmung der Aufgaben eines Gewerbeamtes und  
Umsetzung der Regelungen der Gewerbeordnung in Verbindung  
mit der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur  
Durchführung der Gewerbeordnung vom 11. März 2021**

**Vom 5. Mai 2021**

Das Landratsamt Leipzig hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 27. April 2021 (Az.: 10112/030.35/-190+300-ZV Gewerbeamt/Genehmigung-2021) auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (Sächs-GVBl. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Zweckvereinbarung gemäß § 71 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit über die Wahrnehmung der Aufgaben eines Gewerbeamtes und Umsetzung der Regelungen der Gewerbeordnung in Verbindung mit der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung der Gewerbeordnung zwischen der Stadt Naunhof und der Gemeinde Großpösna, unterzeichnet von der Stadt Naunhof und der Gemeinde Großpösna am 11. März 2021, wird genehmigt.

2. Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und dieser Vereinbarung durch das Landratsamt Landkreis Leipzig im Sächsischen Amtsblatt am 1. Juli 2021 in Kraft.
3. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Mit Schreiben vom 3. Mai 2021 hat die Stadt Naunhof und mit Schreiben vom 4. Mai 2021 die Gemeinde Großpösna auf die Einlegung eines Rechtsmittels verzichtet.

Entsprechend § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 27 a Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt die Veröffentlichung zusätzlich auf der Homepage des Landkreises Leipzig, abrufbar unter <https://www.landkreisleipzig.de/bekanntmachungen.html>.

Borna, den 5. Mai 2021

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Henry Graichen  
Landrat

**Zweckvereinbarung  
gemäß § 71 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes  
über kommunale Zusammenarbeit  
über die Wahrnehmung der Aufgaben eines Gewerbeamtes  
und Umsetzung der Regelungen der Gewerbeordnung  
i. V. m. der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur  
Durchführung der Gewerbeordnung (SächsGewODVO)**

zwischen

der **Stadt Naunhof**, vertreten durch die Bürgermeisterin,  
Anna-Luise Conrad  
Markt 1  
04683 Naunhof

und

der **Gemeinde Großpösna** vertreten durch die Bürgermeis-  
terin, Dr. Gabriela Lantzsch  
Im Rittergut 1  
04463 Großpösna

– gemeinsam nachfolgend „**Gemeinden**“ genannt –

**Präambel**

Die Gemeinden nehmen gemäß der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung der Gewerbeordnung (SächsGewODVO) Aufgaben zur Durchführung der Gewerbeordnung (GewO) war.

Gemäß § 71 Abs. 1 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (Sächs-GVBl. S. 270) können Gemeinden vereinbaren, dass eine der beteiligten Körperschaften bestimmte Aufgaben, zu deren Erfüllung jede der beteiligten Körperschaften berechtigt oder verpflichtet ist, für alle wahrnimmt (Zweckvereinbarung).

Von dieser Möglichkeit möchten die Gemeinden Großpösna, Brandis, Borsdorf und Machern gemäß den in 2020 beschlossenen Absichtserklärungen, Gebrauch machen. Die mit den o. g. Aufgaben verbundenen Rechte und Pflichten sollen mit Inkrafttreten dieser Zweckvereinbarung gemäß § 71 Abs. 1 SächsKomZG von den v. g. Kommunen einzeln auf die Stadt Naunhof übertragen werden. Die Stadt Naunhof ist dann in dem genannten Aufgabenbereich auch auf den Gebieten der jeweils anderen Gemeinde die für die Durchführung der GewO zuständige Behörde und Ansprechpartner der Bürger.

Ziele der Aufgabenübertragung und der damit verbundenen Konzentration der Zuständigkeit bei der Stadt Naunhof sind

- die Fachlichkeit und Zuverlässigkeit der Leistungserbringung zu steigern,
- ein Onlineverfahren für die Kunden als auch in der Verwaltung schrittweise umzusetzen,
- die Erreichbarkeit des Gewerbeamtes in den Gemeinden des Parthelandes zu verbessern
- den Aufwand der Leistungserbringung zu optimieren.

Da die Dringlichkeit des Aufgabenübergangs als auch die Voraussetzungen für die Aufgabenübertragung in den Gemeinden unterschiedlich beurteilt wird, haben sich die

Gemeinden einzeln und zeitversetzt zu einer schrittweisen Übertragung der Aufgaben auf die Stadt Naunhof entschieden.

Die Gemeinden vereinbaren daher was folgt:

**§ 1**

**Aufgabenübertragung auf die Stadt Naunhof**

(1) Die Stadt Naunhof nimmt folgende Aufgaben, für die die Gemeinden nach der Gewerbeordnung und der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung der Gewerbeordnung zuständig sind, für alle Gemeinden wahr:

- die Bearbeitung von An-, Um- und Abmeldungen von stehendem Gewerbe,
- die Vergabe von Reisegewerbekarten sowie
- die Zuarbeit zu Zuverlässigkeitsprüfungen.

(2) Das Recht und die Pflicht der übrigen Gemeinden zur Wahrnehmung der Aufgaben gemäß dem Absatz 1 sowie den dazu notwendigen Befugnissen gehen auf die Stadt Naunhof über. Dieser steht im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung auch auf den Gebieten der anderen Gemeinden das Recht zu, Gebühren und Entgelte zu erheben

**§ 2**

**Durchführung**

(1) Die Gemeinden stellen der Stadt Naunhof die zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlichen Daten zur Verfügung. Die Bestimmungen des Datenschutzes sind einzuhalten.

(2) Die Stadt Naunhof hält für die Aufgabenwahrnehmung das notwendige Personal, die benötigten Räumlichkeiten, die Verwaltungseinrichtung, die Technik und die sonstigen erforderlichen Sachmittel vor.

(3) Die Stadt Naunhof wird bei der Aufgabenwahrnehmung, insbesondere bei dem Erlass von Bescheiden, im eigenen Namen tätig.

**§ 3**

**Deckung des Finanzbedarfs**

(1) Der mit der Aufgabenwahrnehmung verbundene Finanzbedarf wird vorrangig durch Abgaben und Entgelte gedeckt, soweit diese von der Stadt Naunhof bei der Aufgabenwahrnehmung erhoben und eingezogen werden können.

(2) Die nicht durch Abgaben und Entgelte gedeckten Kosten (ungedeckter Finanzbedarf) werden durch eine Umlage gedeckt, zu deren Erhebung die Stadt Naunhof gegenüber den anderen Gemeinden berechtigt ist.

(3) Die Abrechnung der tatsächlichen angefallenen Kosten, des ungedeckten Finanzbedarfs und der auf die jeweilige Gemeinde entfallenden Umlage erfolgt bis zum 31.03. des auf das jeweilige Haushaltsjahr (Abrechnungszeitraum) folgenden Jahres. Die Personalkosten werden nach den tatsächlich anfallenden Kosten und die Sachkosten in entsprechender Anwendung der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Festlegung von Verwaltungsgebühren sowie Benutzungsgebühren und Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV Kostenfestlegung) in der jeweils am 31.12. des Abrechnungszeitraumes geltenden Fassung berechnet.

(4) Die Umlage wird nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Gemeinden am 31.12. des dem Abrechnungszeitraum vorangehenden Jahres bemessen. Maßgeblich sind die Einwohnerzahlen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

(5) Die Umlage wird durch schriftliche Zahlungsaufforderung geltend gemacht und binnen zwei Wochen nach deren Zugang bei der jeweiligen Gemeinde fällig, nicht jedoch vor dem 15.04. des jeweiligen Jahres. Eine Befugnis der Stadt Naunhof zum Erlass eines Umlagenbescheides besteht nicht.

#### **§ 4 Berichtswesen**

(1) Die Stadt Naunhof berichtet im 1. Quartal des Folgejahres über die Fallzahlen, ihre Entwicklung und die damit verbundene Kostenentwicklung je beteiligter Gemeinde.

(2) Weitere Aspekte des Berichts werden spätestens im letzten Quartal des Vorjahres festgelegt.

(3) Die Anforderungen an die Berichte und deren Auswertung können in einem gemeinsamen Ausschuss gemäß § 5 erörtert werden.

#### **§ 5 Gemeinsamer Ausschuss**

(1) Die Gemeinden bilden einen gemeinsamen Ausschuss „Gewerbeamt Partheland“ mit beratender Funktion. Dem Ausschuss gehören an

- a) die Bürgermeister/-innen der Gemeinden,
- b) eine/-n Bedienstete/-n des Gewerbeamtes Naunhof und
- b) jeweils ein/-e leitende/-r Angestellte/-r der anderen Gemeinden, in dessen Zuständigkeitsbereich bisher das Gewerbeamt bearbeitet wurde.

(2) Der Ausschuss tagt bei Bedarf, wobei jede Gemeinde Bedarf anmelden kann. Der Ausschuss wird von der Stadt Naunhof bei angemeldetem Bedarf mit einer Frist von 2 Wochen einberufen. Im Übrigen finden auf den Ausschuss die gesetzlichen Vorschriften über die Verbandsversammlung eines Zweckverbandes entsprechende Anwendung.

#### **§ 6 Laufzeit**

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Vereinbarung kann von jeder Gemeinde zum Ende eines Jahres mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten erfolgen. Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform und muss allen anderen Gemeinden zugehen.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

#### **§ 7 Sonstige Regelungen**

(1) Die Gemeinden arbeiten vertrauensvoll zusammen.

(2) Zur Beilegung aller nicht anders zu lösenden Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung werden die Gemeinden vorrangig ein Mediationsverfahren durchführen. Dabei gelten die nachfolgenden Regelungen:

- a) Das Mediationsverfahren beginnt mit dem Zugang der schriftlichen Aufforderung einer Gemeinde an die andere/-n Gemeinde/-n, gemeinsam ein solches Verfahren durchzuführen („Mediationsantrag“). Können sich die Gemeinden nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Mediationsantrags auf einen Mediator einigen, wird dieser nach Aufforderung durch eine Gemeinde von dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Sachsen bestimmt. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Mediator und den Gemeinden bestimmt sich nach einer Mediationsvereinbarung, in der u.a. die Tragung der Kosten des Verfahrens geregelt wird. Die Mediationsvereinbarung bedarf der Schriftform; sie kommt, wenn nicht abweichend geregelt, mit Unterzeichnung zustande.
- b) Eine Beschreitung des Rechtswegs ist erst zulässig, wenn eine Gemeinde oder der Mediator die Mediation schriftlich für gescheitert erklärt hat. Die Erklärung ist erst zulässig, wenn eine erste gemeinsame Verhandlung mit dem Mediator stattgefunden hat oder wenn seit dem Mediationsantrag zwei Monate verstrichen sind, ohne dass es zu einer ersten Mediationssitzung gekommen ist. Die Erklärung muss schriftlich gegenüber der/den anderen Gemeinde/-n erfolgen.
- c) Verjährungs- und vertragliche Ausschlussfristen sind ab Zugang des Mediationsantrags gehemmt. Die Hemmung dauert bis zum letzten Kalendertag des Monats, in dem das Scheitern der Mediation erklärt wird.
- d) Ein gerichtliches Eilverfahren oder die Klageerhebung zur Unterbrechung einer gesetzlichen Ausschlussfrist bleibt jederzeit zulässig
- f) Die Beratungs- und Schlichtungsfunktion der Rechtsaufsichtsbehörde bleibt von dieser Mediationsklausel unberührt.

(3) Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform und zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

(4) Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung oder einer künftigen Ergänzung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Wirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Gleiches gilt, falls sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke soll dann eine angemessene Regelung gelten, die, soweit nur rechtlich möglich, dem am meisten gerecht wird, was die Nachbarn vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder Lückenhaftigkeit gekannt hätten. Beruht die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem in dieser Vereinbarung festge-

legten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so soll das Maß der Leistung oder Zeit (Frist oder Termin) gelten, das rechtlich zulässig ist und dem von den Gemeinden Gewollten möglichst nahekommt.

**§ 8**  
**In-Kraft-Treten**

Diese Vereinbarung tritt nach ihrer Unterzeichnung durch die Gemeinden, ihrer Genehmigung und der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt durch die Rechtsaufsichtsbehörde zum 01.07.2021 in Kraft.

Großpösna, den 11. März 2021

Dr. Lantzsch  
Bürgermeisterin  
der Gemeinde Großpösna

Naunhof, den 11. März 2021

Conrad  
Bürgermeisterin  
der Stadt Naunhof





---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485 26 0  
Telefax: 0351 485 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

19. Mai 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 199,90 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 39,37 Euro Postversand) bzw. 107,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 